

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar, Postweg 4,20 M. einl. Beiträgen. Auslandabonnem. 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertage einmal, die Nebenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilagen“, „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Berliner Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Witz in der Bucherei“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Anzeigenpreisliste: 10 Pfennig, Reklame alle 2.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des abendlichen Blattes 25 Pfennig (gleichfalls am Freitag abend). Jedes weitere Wort 17 Pfennig. Stempelgebühr des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Mannschaften Seite 60 Pfennig. Anzeigenpreise im Hauptgeschäft: Einrückung 2.—, wöchentlich, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Rußland bietet Konzessionen aus!

Kommunalbetriebe und Eisenbahnen angeboten.

Bis 400 Prozent Dividende auf dem russischen Inlandsmarkt zu erzielen.

Moskau, 28. September. (Dr.-Typsch.)

Im Zusammenhang mit den neuen Richtlinien der Sowjetregierung zur Aktivierung der russischen Konzessionspolitik hielt der Vorsitzende des Hauptkonzessionsausschusses der Sowjetunion Khandrow auf einer Versammlung von Direktoren von Sowjetbetrieben in Moskau einen Vortrag über die bisherigen Ergebnisse der Konzessionspraxis in Rußland. Khandrow wies darauf hin, daß das letzte Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in seiner Resolution erklärt habe, dem Entwicklungstempo der Industrialisierung des Landes seien ohne ausländische Hilfe gewisse Grenzen gesetzt. Zur Beschleunigung dieses Entwicklungstempos müsse die Heranziehung ausländischer Mittel forciert werden.

Da die unmittelbare Heranziehung von Auslandskapital in Form von Anleihen bisher nicht gelungen sei und bei den üblichen Geschäften mit ausländischen Firmen nur kurzfristige Kredite gemacht wurden, so komme hierbei in erster Linie die Heranziehung ausländischen Kapitals in Form von Konzessionen in Frage.

Kurzdrücklich betonte Khandrow den engen Zusammenhang zwischen der Konzessionspolitik und politischen Faktoren und wies als Beispiel darauf hin, daß nach dem Bruch mit England das Entwicklungstempo des Konzessionswesens sich verlangsamt habe. Während 1925/26 482 Konzessionsangebote einliefen, waren es 1926/27, d. h. nach dem Bruch mit England, nur 216, im ersten Halbjahr 1927/28 — 215. Von englischen Unternehmern seien 1925/26 30 Konzessionsangebote, 1926/27 16, im ersten Halbjahr 1927/28 nur 2 Angebote gemacht worden. Im Verhältnis zu der Zahl der Konzessionsangebote sei die Zahl der abgeschlossenen Verträge nur gering: 1925/26 wurden 38 Konzessionsverträge abgeschlossen, darunter 7 über „technische Hilfeleistung“, 1926/27 — 23 (15).

Die sogenannten Exportkonzessionen hätten bisher nicht die geeigneten Entwicklungsformen gefunden, während

die für den Inlandsmarkt arbeitenden Konzessionsbetriebe außerordentlich rentabel

seien. Bei Konzessionen dieser Art seien

30 bis 35 Proz. Gewinne keine Ausnahme, vielmehr seien sogar Gewinne von 150 Proz. und sogar von 400 Proz. zu verzeichnen.

So erzielte beispielsweise die schwedische Konzession S&J. (Soesta Angellagerfabrik) bei einem Grundkapital von 2 Millionen Rubel 2,4 Millionen Rubel Reingewinn. Khandrow erklärte, daß die Sowjetregierung an einer Verringerung solcher ungeheuren Gewinne interessiert sei, werde dies aber ausschließlich durch gesunde wirtschaftliche Maßnahmen, sowie durch eine Verschärfung der Konkurrenz seitens der staatlichen Industrie zu erreichen suchen. Nach Khandrows Ansicht hätten sich die ausländischen Konzessionen in ihrer überwiegenden Mehrheit zweifelslos bewährt. Sie hätten die staatliche Industrie gezwungen, sich aufzuraffen, sie verringern überdies bedeutend die notwendigen Voluenausgaben für Importzwecke und erleichtern den Kampf mit dem Warensmuggel.

Bisher sei das Charakteristikum der russischen Konzessionspolitik deren Planlosigkeit gewesen. Die Sowjetregierung habe dem ausländischen Kapital die Führung überlassen, so daß die Ausländer selbst geeignete Konzessionsobjekte auswählten. In Zukunft werde das anders sein. Das ausländische Konzessionskapital werde auf solche Gebiete der Sowjetwirtschaft gelenkt werden, die der Sowjetregierung erwünscht sind. Zu diesem Zwecke seien rund 100 Konzessionsobjekte in allen Zweigen der Industrie und sogar in neuen Gebieten,

im Eisenbahnbereich und in der Kommunalwirtschaft, vorgezeichnet; auch seien Normalverträge zu Konzessionen ausgearbeitet worden.

Von den neuen Richtlinien erwartet Khandrow keine unmittelbaren Ergebnisse bereits im nächsten Jahr. Zum Schluß sagte Khandrow, daß obgleich sich die Verträge über „technische Hilfeleistung“ mit ausländischen Firmen, deren Gesamtzahl gegenwärtig 52 erreicht, im allgemeinen bewährt hätten, Vorsicht beim Abschluß solcher Verträge am Platze sei. (Die Verträge über „technische Hilfeleistung“ sind Anstellungsverträge für ausländische Ingenieure und Spezialisten in Sowjetbetrieben, haben also mit eigentlichen Konzessionen wenig zu tun. Nach den Erfahrungen der im Donez-Prozess angeklagten deutschen Ingenieure und Monteur, muß allerdings bekräftigt werden, daß sich Vorsicht bei Abschluß solcher Verträge empfiehlt, nämlich Vorsicht auf Seiten der ausländischen Bewerber! — Red. d. „V.“)

Das Londoner liberale Blatt „Daily News“ veröffentlicht am 27. September ein Telegramm aus dem Moskauer Vertretersatter über die Rede Khandrows, aus dem wir weitere Einzelheiten

entnehmen. Danach hat Khandrow, der übrigens der Nachfolger Trozky's auf dem letzten Posten ist, den dieser vor seinem Ausscheiden im russischen Staatsdienst bekleidete, noch ausgeführt, daß die Zahl der Konzessionen in den letzten zwei Jahren von 34 auf 74 gestiegen, zugleich aber das gesamte darin investierte Kapital von 140 Millionen Mark auf 90 Millionen Mark gesunken sei.

Des Weiteren erklärte Khandrow, man dürfe angesichts der politischen Lage in diesem Jahr keine Anstrengung scheuen, um große Konzessionsverträge abzuschließen. Rußland sollte dabei die Situation ausnützen, die sich durch die Verteilung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten als Folge des englisch-französischen Flottenkompromisses und des Fehlschlagens der Genfer Verhandlungen ergeben würde.

In der Diskussion wurde die Tätigkeit des Konzessionsausschusses lebhaft kritisiert, wobei ein Redner bemerkte, daß nur wenige Verträge mit wirklich rentablen Auslandsfirmen abgeschlossen wurden, während es viele andere Firmen gebe, die anomale Gewinne auf einer ganz ungefähren Grundlage erzielen.

Das ist also nach zehn Jahren das Resultat des bolschewistischen Experimentes! Man hat den Sozialismus mit Gewaltmitteln einführen wollen und jetzt reißt man sich um ausländische Interessenten für Konzessionen. Auf allen Gebieten der Wirtschaft sollen Konzessionen erteilt werden: nicht nur für die Ausbeutung der natürlichen Bodenschätze — Wälder, Naphtha, Platin —, auch die Kommunalbetriebe und die Staatseisenbahnen werden jetzt meistbietend verrentet. Wenn sich nur genügend kapitalkräftige Reflektanten melden würden, denn Rußland braucht Geld! Warum melden sie sich denn nicht? 30 bis 35 Proz. Dividende ist der Durchschnittsgewinn, wer Schneid hat, holt sogar 150 und bis 400 Proz. Zinsen heraus! Der innere Markt, das heißt der Bauer und der Prolet, ist dazu da, ausgebeutet zu werden. Er braucht Ware, er zahlt jeden Preis. Hereinspaziert, meine Herren vom amerikanischen, englischen, französischen und deutschen Finanz- und Industriekapital! Nirgends findet ihr so glänzende Gewinn- und Ausbeutungsmöglichkeiten wie auf dem Gebiete der Union der „Sozialistischen“ Sowjet-Republiken! Wer hat noch nicht seine kleine Konzession? Moskauer Gaswerk gefällig? Leningrader Straßenbahnen? Georgische Eisenbahnen? Kiower Telephon? Goldgruben im Ural? Leppichwebereien in Turkestan? Bis 400 Proz., meine Herren, Bergmanns Bombardhaus ist daneben ein Kinderpiel. Nur in Sowjet-Rußland sind solche Dividenden möglich! Totalausverkauf wegen Kreditmangels — nie wiederkehrende Gelegenheit!

Dann streiten sie noch, ob sie diese Stalinsche Zirkopolitik Sozialismus nennen sollen oder nicht; um die kommunistische Demagogie in Beseitigung zu stärken. Das soll das sozialistische Vaterland sein!

Hinter dieser Politik der Sprunghaftigkeit und Prinzipienlosigkeit aber steht die Tragödie des russischen Volkes. Es muß dazu schweigen — und zahlen.

Deutsche Delegation zurückgekehrt.

Kabinetsitzung am Montag.

Die deutsche Bölkerbundsdelegation ist gestern nachmittag aus Genf in Berlin eingetroffen.

Das Reichskabinett tritt am Montag zur Entgegennahme eines Berichts des Staatssekretärs Schubert über die letzten Genfer Verhandlungen zusammen. Eine Entscheidung darüber, wann und wie die in Genf vereinbarten Erörterungen über die Rheinlandräumung und die endgültige Lösung des Reparationsproblems eingeleitet werden sollen, ist erst nach der Länderkonferenz und nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zu erwarten.

Die Faschisten in der Schweiz.

Sozialistischer Antrag im Nationalrat abgelehnt.

Bern, 28. September.

Im Notencirak befragte der Sozialist Graber der Bundesrat solle Bericht erstatten über die „Treibereien der Faschisten in der Schweiz und über die Maßnahmen, welche er zu ergreifen gedenke, um Vergängen wie im Fall Rossi zu vermeiden“. Der Antrag wurde mit 74 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Es bleibt somit bei der gestrigen Antwort des Bundesrats Motta in der Angelegenheit Rossi.

Prager Unternehmerdiktat.

Sozialreaktion und Teuerung.

J. H. Prag, Ende September.

Sind solche Bescheine wie die, die leßthin in der Nachsitzung des Abgeordnetenhauses einen wilden Obstruktionssturm entfesselten, in einem anderen Parlament außerhalb des Balkans möglich? Ist es denkbar, daß anderwärts das Kommando eines Nichtparlamentarikers genügt, um eine Parlamentsmehrheit zu plötzlichem Umschwenken zu veranlassen, zum Bruch von Vereinbarungen mit der Opposition, zur plötzlichen Aufhebung eines Ausschlußbeschlusses im Plenum des Hauses?

Nach anderthalbjährigem erbittem parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampfe um die Novellierung der Sozialversicherung, bei dem es schließlich der Opposition gelungen war, zwar nicht alle Verschlechterungen, aber doch einige abzumehren und sogar nicht unbedeutende Verbesserungen durchzusetzen, kam es in der Nacht zum Sonnabend endlich zur letzten Abstimmung. Im Sozialpolitischen Ausschuß war ein Antrag des deutschen Sozialdemokraten T a u b, eine neue Versicherungsart mit 26 Kronen täglichem Krankengeld (3,25 M.) zu schaffen, angenommen worden. Die bürgerliche Mehrheit hatte diesem Antrage zugestimmt. Da — schon war die Renardebatte im Gang — erschien der Sekretär des Unternehmerverbandes, Dr. Hodatsch, im Parlament und erklärte den Führern der deutsch-tschechischen Bürgerkoalition, daß die Mehrbelastung durch diese neue Versicherungsart für die Industrie unerträglich sei — es handelt sich um fünf bis acht Millionen Kronen, allerhöchstens also um eine Million Mark jährlich — und diese Erklärung des Unternehmersekretärs war gleichbedeutend mit einem Befehl. Ohne daß nochmals mit der Opposition verhandelt worden oder die Willensänderung der Mehrheit vorher bekanntgegeben worden wäre, brachten bei der Abstimmung die Mehrheitsparteien plötzlich einen Antrag auf Abschaffung der neuen Versicherungsart ein. Der Antrag wurde von der Bürgermehrheit angenommen.

Im Lärm der Obstruktion im Knattern der Aufsteckel, im Klatschen der auf die Ministerbänke niederfallenden Aktenbündel, gingen alle folgenden Reden unter. Der Berichterstatter verlas, ohne daß jemand ihn hören konnte, die einseitigen Paragrafen und wenn er ein Handzeichen gab, hoben sich auch die Hände der Regierungstreuen.

Es mag nebenbei bemerkt werden, daß in diesem an Stürme gewöhnten Parlament wieder einmal die Volksdeklaration zerfallen wurden. Aber dieser Sturm war mit elementarer Gewalt losgebrochen, in ihm offenbarten sich die Entartung und der Zorn der Arbeitervertreter aller Nationen — diese Obstruktion war das marante Zeichen der tiefen Kluft zwischen Mehrheit und Opposition, die, wenn man von den zahlenmäßig bedeutungslosen oppositionellen Nationalisten absteht, die Kluft zwischen den Klassen ist.

Eine Welle der Erregung geht durch das Proletariat. Steigende Teuerung beunruhigt die Arbeiter. Milch und Kartoffeln sind teurer geworden, und vor wenigen Wochen hat das Zuckerkarrell plötzlich den Zuckerpreis um 60 Heller für das Kilogramm erhöht. Im Kleinhandel ist der Zuckerpreis bis auf 7 Kronen (87 M.) gestiegen. Die Erhöhung des englischen Zolles auf Raffinadesucker droht den tschechischen Zucker vom europäischen Markt auszuschießen. Das Zuckerkarrell, verhängt hinter hohen Schutzzöllen, erhöhte den Preis des Inlandzuckers, um billiger als bisher ins Ausland liefern zu können. Was fragt es darnach, daß im Lande des Zuckerüberschusses die Arbeiter den Zuckerverbrauch einschränken müssen und trotzdem der Arbeiterlohn fast schwer belastet wird! Das Zuckerkarrell diktiert die Preisserhöhung, obwohl ein paar Tage vorher, als die Zeitung der Regierungskoalition feierlich erklärte, eine Erhöhung des Zuckerpreises nicht zu dulden! Die Regierung, gezwungen zur Stellungnahme, sprach zuerst von der Not der Zuckerindustrie und dann erst sehr verflucht von der Teuerung. Sie hat bisher noch gar nichts getan, nur erklärt, daß sie Wege suche, die Zuckerindustrie zu entschädigen, wenn sie die Erhöhung des Preises wenigstens teilweise rückgängig mache. In irgendeiner Form, entweder als Konsumrenten oder als Steuerzahler, müssen die Arbeiter die Kosten der Sanierung der Zuckerindustrie tragen.

Der Bürgerblock, durchweg Parteien, die für den sozialen Ausgleich und die Verköpfung der Klassen schwärmen, steht unter dem Diktat der Agrarier und der Industriellen. Ein Wink der Kapitalisten — und die Bürgermehrheit muß sich zu einem Moribund bereit finden! Hunderttausende Arbeiter demonstrieren — die Bürgerparteien machen höhnische Miße. Ein Unternehmersekretär befehlt — und der ganze Bürgerblock gehorcht.

Aber am 28. Oktober, wenn der zehnjährige Bestand der Tschechoslowakischen Republik gefeiert wird, werden die nationaldemokratischen die Herkules und die agrarischen Patrioten wieder die Arbeiter an ihrer Seite haben wollen, dann wenn sie von der nationalen Revolution reden werden, die dem ganzen tschechischen Volk Freiheit und Glück gebracht

habe. Dem ganzen höchsten Volks? Die internationale Kapitalistenklasse diktiert in jenem Staate, den die tschechischen Arbeiter als einen sozialen Staat, als einen sozialistisch-demokratischen Staat zu schaffen mahnen!

Nie noch waren die Klassengegensätze so scharf wie im zehnten Jahre der Republik. So scharf sind sie, daß die Bürgerparteien sich fürchten, die längst fälligen Wahlen in die Landes- und Bezirksvereinigungen durchzuführen, daß sie wahrscheinlich lieber das Verwaltungsreformgesetz zum zweiten Male novellieren werden, um sein Inkrafttreten und damit die Wahlen in die Verwaltungskörperschaften hinauszuschieben. Man will die Jubiläumstimmung nicht stören.

Bei den tschechischen Sozialdemokraten aber — und das kennzeichnet die Größe des Gegensatzes zwischen den einflussigen Parteien in der allnationalen Koalition — wird bereits die Möglichkeit erwogen, am 28. Oktober die Bürgerparteien allein jubilierten zu lassen und den 14. Oktober zu feiern, an dem vor zehn Jahren die tschechischen Arbeiter zum ersten Male zu einer revolutionären Demonstration aufmarschierten, aber zu einer Demonstration für die sozialistische Republik!

Hugenberg's Geschoß.

Zur Vorgeschichte des Stahlhelm-Volksbegehrens.

Der „Jungdeutsche“ veröffentlicht interessante Enthüllungen über die Vorgeschichte des Stahlhelm-Volksbegehrens gegen die republikanisch-parlamentarische Verfassung. Seine Veröffentlichungen lassen erkennen, daß die treibende Kraft für dieses Volksbegehren Herr Hugenberg ist.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres war innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei das Projekt aufgetaucht, ein Volksbegehren über die bekannten deutschnationalen Pläne zur Abänderung der Reichsverfassung (Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, vom Parlament unabhängige Regierung, Zusammenlegung der Ämter des Reichstanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten, Schaffung einer zweiten Kammer) zu veranlassen. Dies Volksbegehren sollte mit der Wahlpropaganda verbunden werden. Die Deutschnationalen hofften, den Wählern gegenüber nach ihrer Politik der Umfasse und der Verfechtung ihrer Grundzüge eine zuträchtige Wohltat zu haben. Man kam auf die veraltete schone Idee, den Tag eines Volksentscheides auf den Tag der Reichstagswahlen zu legen. Herr v. Reudell, damals noch Reichsinnenminister, sollte den Plan durchführen. Es wurde jedoch den Deutschnationalen und namentlich den deutschnationalen Ministern vor diesem Plan selber Angst, sei es, daß sie nicht daran glaubten, damit im Bürgerstadtkabinett durchzubringen, sei es, daß sie den effizienten Zusammenbruch eines solchen Volksbegehrens fürchteten. Herr Hugenberg hat nach den Enthüllungen des „Jungdeutschen“ damals erregt dagegen protestiert, daß dieser Plan fallen gelassen wurde.

Kunze führt der Stahlhelm den Hugenberg-Plan durch. Herr Hugenberg selbst ist der Romanisierer des antirepublikanischen Aktivismus. Er glaubt immer noch, daß mit irgendeinem Experiment die Republik gestürzt werden könne. Ihm ist es mit dem Volksbegehren gegen die Republik bitter Ernst. Wie weit es der Deutschnationalen Volkspartei damit Ernst ist, die nun dem Stahlhelm hinterherläuft, um sich nicht niederknurren zu lassen, ist eine andere Frage.

Warum Kaiser Wilhelm?

Ein Anachronismus.

Die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“, die zahlreiche wissenschaftliche Institute an den Universitäten und Hochschulen Deutschlands unterhält oder unterstützt, plant auch dem neubildenden Hochschünungsinstitut in Braunschweig, das das größte seiner Art in Europa ist, einen jährlichen Zuschuß zu geben. Die braunschweigische Regierung hat aber, so dankbar ein Zuschuß der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft begrüßt werden würde, dem Vorstand dieser Gesellschaft zu verstehen gegeben, daß der Name „Kaiser-Wilhelm-Institut“ in Braunschweig von der republikanischen Bevölkerung keineswegs verstanden würde und deshalb vorgeschlagen, einen anderen Namen für das Institut zu wählen. Selbstverständlich ist die Braunschweiger Presse Braunschweigs über diese durchaus berechtigte Zumutung empört.

Die Gesellschaft teilt selbst in ihren Druckschriften mit, daß sie „das Protektorat des letzten Kaisers als erloschen ansieht und daß sie eine entsprechende Aenderung ihrer Satzung vorgenommen habe.“ Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Anregung der braunschweigischen Regierung vom Vorstand der Gesellschaft aufgegriffen und ein neuer Name für die ganze Gesellschaft geschaffen würde. Diese Namensänderung durchzuführen, dürfte kaum so schwierig sein, da den alten Namen der Gesellschaft sowieso niemand mehr zu verteidigen mag.

Auslandserste und Reichsregierung.

Keine Einfuhrsperre.

Die Reichsregierung hat zu den Anregungen des Reichstags, die Einfuhr eines Teils der amerikanischen Gerste wegen Gefährdung der deutschen Viehfütterung Stellung genommen und eine Verordnung erlassen. Die Verordnung der Reichsregierung sieht vor, daß die aus den Vereinigten Staaten von Amerika mit Ausnahme der Staaten Texas, Kansas, Oklahoma und Colorado eingeführte Gerste vor ihrer Ueberführung in den freien Verkehr des Zolllandes einer Untersuchung auf ihre Unschädlichkeit zu unterziehen ist.

Aber die eigentliche Krankheitsursache der Gerste, die bisher nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, sind wissenschaftliche Untersuchungen auf breiter Grundlage eingeleitet. Von ihrem Ergebnis wird es zum Teil abhängen, wie lange diese einseitigen Sicherungsmaßnahmen in Kraft bleiben sollen. Vorerst ist die Geltungsdauer der Verordnung bis zum 15. November bemessen. Die Reichsregierung ist aber nach dem Ausfall der wissenschaftlichen Untersuchungen und nach den Maßnahmen, die etwa die amerikanischen Abnehmer aus eigener Initiative ergreifen werden, jederzeit in der Lage, die Verordnung schon vorher aufzuheben, wie sie auch ermächtigt ist, erforderlichenfalls ihre Geltungsdauer über den 15. November hinaus zu erstrecken. Von dem Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchungen wird es auch abhängen, ob und welche Möglichkeiten etwa bestehen, die Gerste durch geeignete Behandlung für ihren eigentlichen Verwendungszweck oder für sonstige Zwecke wieder gebrauchsfähig zu machen. Der Schwerpunkt der Maßnahme liegt darin, daß es sich nicht um ein Einfuhrverbot für amerikanische Gerste handelt,

Geißel für die Heimwehr.

Die Zumutung des Landeshauptmanns Buresch.

Wien, 28. September. (Eigenbericht.)

Die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratie und des Republikanischen Reichsbundes, besaßen sich am Freitag mit der durch die Verlautbarung des Landeshauptmanns von Niederösterreich herbeigeführten Verschärfung der Lage. Einmütig kam die Anschauung zum Ausdruck, daß diese Verlautbarung eine Begünstigung der Heimwehr gegenüber der Wiener Arbeiterkassette bedeutet. Es sei ganz unzulässig, daß die Arbeiter von Wiener-Neustadt, die sich in der Stadt in der überlegenden Mehrheit befinden, sich am 7. Oktober ihre Feiertagsfeierlichkeiten nehmen lassen und die Hälfte der Stadt den Heimwehrformationen überlassen könnten. Dem sei schon aus dem Grunde zu widersprechen, weil auch in dem von der Heimwehr beanspruchten Teil von Wiener-Neustadt sozialdemokratische Arbeiter wohnen und man ihnen nicht zumuten könne, ihre Wohnungen und ihre Bezirke zu verlassen, um den Provokateuren das Feld zu räumen. Ebenfalls sei es möglich, daß die von auswärts kommenden Sozialdemokraten und Schutzgebirge um die Stadt herumge-

führt würden, nur um die Heimwehr ungehindert halten und wölten zu lassen.

Innerhalb der Arbeiterkassette besteht der Eindruck, daß die Verlautbarung des Landeshauptmanns von Niederösterreich von der Bundesregierung diktiert worden ist, um der Heimwehr eine Gefälligkeit zu erweisen.

Wahlmache im Bundesheer.

Am 1. Oktober wählen Teile des Bundesheeres wieder ihre Vertrauensmänner. Der christlich-sozialen Wehrminister Baugögl versucht abermals, mit allen Mitteln der Einschüchterung durch reaktionäre Offiziere, durch Drohungen für die einen und Belohnungen für die anderen, den roten Wehrverband durch den schwarzen Wehrbund zurückzudrängen. Da jede Kompagnie einen Vertrauensmann wählt, verehrt man z. B. in der Koflauer Kaserne zu Wien alle „Verdächtigen“ in der 8. Kompagnie, die bereits 191 Mann stark ist, während die „Sicheren“ Kompagnien in ihrer „Stärke“ bis zu — 7 Mann und ähnlicher Taraxparteilichkeit heruntergeringelt.

Zumult im Wilnagebiet.

Kampf mit der Polizei.

Kowno, 28. September.

Der offizielle „Cietuwos Widaw“ erhält die Meldung, daß in dem südlichen Komaj im Wilnagebiet die litauische Einwohnerkassette gegen die polnische Polizei einen Aufstand verübt habe. Die Polizei habe einen litauischen Polizisten verhaftet, den die Bevölkerung befreien wollte. Es kam zu einem Sturm auf das Polizeirevier, die Polizei gab Feuer, wodurch eine Person getötet und fünf verwundet wurden, konnte sich aber des Ansturms der erbitterten Einwohner erst erwehren, als aus der benachbarten Kreisstadt Swienzjan eine Eskadron Kavallerie herbeigeeilt war. Das Militär machte dem Tumult ein Ende und nahm etwa 100 Verhaftungen vor.

Litauische Grenztyranei.

Sendekrug, 28. September.

Heute mittags wurde ein noch nicht führender kavalierrichter Vertreter der „Nemels Rundschau“ auf der Station Poggen von der litauischen Polizei aus dem Wagon geholt, in einen Raum geführt und gefragt, ob er Reise nach Tilsit bestünde. Als er dies verneinte, wurde ihm die litauische abgenommen und durchsucht. Dann zog man ihn bis aufs Hemd aus und durchsuchte alle Taschen. Auch hierbei wurde nichts Befremdendes gefunden. Trotzdem verlangt man von dem Vertreter die Unterzeichnung eines in litauischer Sprache abgefaßten Protokolls, was dieser verweigerte. Sein Verlangen, nach Tilsit gebracht zu werden, da der Zug inzwischen abgefahren war, wurde von der Polizei abgelehnt.

Vorüber man in Kowno jubelt.

Bei den litauischen Herbstmanövern hatte ein Teil der Truppen den Feind zu markieren und diese Truppenzüge wurden allgemein als „die Polen“ bezeichnet. Der Oberst eines dieser Regimenter und sein Stab waren in einem Bauernhof untergebracht. Ein in der Nachbarschaft lebender litauischer Bauer bewachte alle seine Aenechte, überzumpelte nachts den Regimentsstab und hielt an den Regimentskommandeur folgende Ansprache: „Herr Oberst, da Sie mit Ihren Offizieren hier die Polen darstellen, so sollen Sie auch sehen, was diese in Litauen zu erwarten haben. Wir Bauern haben eine Freischar gebildet und erklären Sie für gefangen.“ Der Oberst machte gute Miene zu diesem Bauernstreich, lud die „Sieger“ zum Essen ein und berichtigte an seine vorgelegte

sondern lediglich um eine Kontrollmaßnahme. Es ist zu wünschen, daß die eingeleitete Untersuchung bald durchgeführt wird, damit gute Gerste dem freien Inlandverkehr wieder voll zugeführt werden kann.

Beginn der Landtagsberatungen.

Zunächst nur kurze Tagung.

Der Preussische Landtag, der am kommenden Dienstag seine Plenarsitzungen aufnehmen wird, wird zu Beginn nur einige Tage zusammenbleiben. Eine Reihe kleinerer Vorlagen, die auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen, werden voraussichtlich ohne erhebliche Aussprache der Ausschussberatung überlesen werden. Eine größere Debatte erwartet man lediglich zu der Vorlage, die einen einheitlichen Termin für die Kommunalwahlen, nämlich für die Wahlen zu den Provinziallandtagen, zu den Kreislagern und zu den Gemeinden, festlegen will. In Aussicht genommen ist als Termin der 2. Dezember. Hiergegen wird, wie verlautet, von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben und für die Gemeindevahlen ein späterer Termin, vielleicht im Frühjahr, gefordert werden. Ueber die weiteren Dispositionen wird der Verfassungskonvent, der vor der Vollziehung am Dienstag zusammentritt, beraten. Es soll vorgeschlagen werden, am Donnerstag die Plenarberatungen bis Montag der folgenden Woche zu vertagen und lediglich bis Donnerstag, den 11. Oktober, zusammenzubleiben.

Redeverbot gegen Hitler aufgehoben!

Das Redeverbot gegen Hitler ist, wie in der Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtags mitgeteilt wurde, aufgehoben worden. Infolgedessen erübrigte sich die für Sonnabend in Aussicht genommene Beratung der entsprechenden Interpellation der Nationalsozialisten.

Aus dem Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtags besaßte sich am Freitag mit den Geschäftsberichten der staatlichen Bergwertgesellschaften Krattlinghausen und „Sibernia“ für 1927. In der Aussprache brachten die Abgeordneten (Sog.), Sobotta (Komm.) und

Stella, daß Freischaren ihn gefangen genommen hätten. Die Spitze findet den größten Beifall des Regierungsblattes „Cietuwos Widaw“; das selbständige Vorgehen des Bauern zeige, wie man in Litauen den Feind empfangen würde; in der Stunde der Gefahr werde es dem Vaterlande an Verteidigern nicht fehlen. (Ob aber auch dem feindlichen Stab an genügender Sicherung?)

Verfassungspläne der polnischen Reaktion.

Warschau, 28. September.

Die sozialistischen Blätter veröffentlichen Auszüge aus dem Protokoll der Konferenz des Regierungsblocks, die sich mit der Verfassungsreform befaßt hat. Die Auszüge beweisen, daß innerhalb des Blocks die Meinungen sich scharf gegenüberstehen. Die einzelnen Gruppen des Regierungsblocks sind mit sehr verschiedenen Verfassungsprojekten hervorgetreten. Es gibt einen monarchistischen Entwurf, der sogar eine gewisse theoretische Grundlage zeigt (Gottesgnadentum, Summus Episcopus), andere Projekte sehen eine besondere Stärkung der Stellung des Präsidenten vor und es fehlt auch nicht an sehr gemäßigten Reformvorschlägen, die das parlamentarische System beibehalten wollen. Der Ministerdirektor im Außenministerium Haluzka (ein ehemaliger Sozialist) tritt für die Wahl eines Präsidenten auf Lebenszeit ein. Von Wilkoff, der Bruder des Warzochs, für nur siebenjährige Präsidentschaftsdauer. Letztlich umstritten sind die Fragen der Präsidentschaftswahl durch das Volk, der Rechte des Senats und des Sejms usw. Eine gewisse Einigkeit zeigt der Regierungsblock allerdings hinsichtlich der Erweiterung der Regierungsvollmacht. Der sozialistische „Robotnik“ gibt zu diesem Reimungsstreit einen sehr spätzischen Kommentar. Der Vorstand der sozialistischen Partei beginnt heute seine Tagung.

Polnische Kriegsschiffe und Danzig.

Danzig, 28. September.

Der Senat beauftragte auf eine kleine deutschnationale Anfrage, daß zwischen der Danziger Werft und der polnischen Regierung ein Vertrag abgeschlossen worden sei, wonach polnische Kriegsschiffe das Recht haben, ein bestimmtes, der Danziger Werft gehöriges Gelände zum Festmachen zu benutzen. Es handelte sich um einen rein privatrechtlichen Vertrag, der eine staatliche Genehmigung nicht erfordere und auch Danziger Haftrechte nicht berühren könne.

Horst (S.) Arbeiterwünsche und -beschwerden vor. Abg. v. Waldhausen (Dnat.) wies auf die schwierige Lage im Bergbau hin; die Verhältnisse seien bedeutend günstiger als im Vorjahre, da seinerzeit der englische Streik eine Erleichterung gebracht habe. Ohne wesentliche weitere Aussprache wurden die Berichte zur Kenntnis genommen.

Am 2. Dezember Wahl zu den Provinziallandtagen.

Der preussische Staatsrat nahm in seiner Sitzung am Freitag nachmittags den Gesetzentwurf über die Festlegung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreislagern sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festlegung der Gemeindevahlen vom 18. April 1928 in der Ausschussfassung an. In Aussicht genommen war bekanntlich als Zeitpunkt für die Wahlen der 2. Dezember.

Genehmigt wurde der Entwurf von Änderungen der Ausführungsbestimmungen vom 3. Januar 1928 zum Polizeibeamtengesetz sowie der Entwurf einer Ausführungsverordnung zum Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928. Der Staatsrat erledigte dann noch einige kleinere Vorlagen.

Die Krise im Miniaturland.

Demokraten und Deutschnationale Arm in Arm.

Die demokratischen und die deutschnationalen Abgeordneten des Landtags von Mecklenburg-Strelitz sowie die Handwerkervertreter haben sich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen, deren Dolmetscher es ist ein Vertrauensvotum gegen den sozialdemokratischen Minister von Reibnitz einzubringen, was nach der Neugründung prompt geschehen ist.

Deutschnationale und Demokraten in einer Fraktion — das muß eine besondere Spielart von Demokraten sein.

Gegen die Demokratisierung der Danziger Verfassung und eine Verbesserung des Parlaments, beides vom Senat vorgeschlagen, richtet sich ein Volksbegehren der Reaktionäre.

Schulpfort in Sowjetrußland. Die Zentralkommission hat das Jahr 1934 als letzten Termin für die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht auf dem Gesamtgebiet der Sowjetrepublik festgelegt.

Stahlhelm und Justiz.

Ein Idyll aus Pommern.

Zus Vorpommern wird uns geschrieben: Kürzlich wurde öffentlich gerügt, daß in Hinterpommern ein Amtsgerichtsrat als Führer des Stahlhelms auftritt. Das ist nicht der erste Fall, daß das Verhältnis der pommerschen Justiz zum Stahlhelm zu öffentlicher Rüge Anlaß gibt.

Der sozialdemokratische „Vorpommern“ hatte eine Zuschrift aus Greifswald veröffentlicht, die sich mit der Person eines Richterleiters an der „Greifswalder Zeitung“ beschäftigte — einem Organ auf dem rechten Flügel der Rechtsabteilung, im Besonderen Großenrat und Landhändler. Der Oberstaatsanwalt zu Greifswald erhob öffentliche Anklage. Die Strafkammer gab dem Antrag Folge. Das Obergericht fuhr zur Reinigung des reaktionären und besonders aggressiven Redakteurs wurde durchgeführt. Der sozialdemokratische Schriftleiter wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

Am Abend des Gerichtstages traf ich zufällig den verurteilten Verurteilten. Er erzählte mir einiges von der Hauptverhandlung. Ich setzte mich hin und schrieb ein Nachwort zu jener Haupt- und Staatsaktion. Es erschien im „Vorpommern“. Der Erfolg konnte nicht ausbleiben: Ich wurde wegen Richterbeleidigung belangt!

Ich hatte unter anderem gerügt, daß „auf der Anklagebank ein Bekannter und Anhänger der deutschen Republik, der rechtsunfähigen Staatsform“, sein Abzeichen im Knopfloch gefleht habe — ihm gegenüber am Richtertisch eine Verhöhnung, die „mit Absicht durch ärztliches Abzeichen sich als Anhänger der Monarchie, als Feind der Staatsform gab“, in deren Namen Recht zu sprechen war.

In der Anklageschrift sagt der Oberstaatsanwalt zu Greifswald: „Tatsache ist, daß ein zu seiner Ausbildung der Vernehmung schwebender Referendar, der seitlich am Richtertisch saß (also doch wohl als Protokollführer?), das Abzeichen des Stahlhelms, von dem Richter unbemerkt (aber nicht vom Angeklagten!) an der Weste getragen hat.“

In meiner Schutzschrift wendete ich mich sehr scharf gegen den Staatsanwalt, der eine so milde Auffassung über den Stahlhelm zügte.

Wie milder stelle ich mich zu dem Referendar: „Wenn ein Referendar sich erlaubt, mit diesem Abzeichen den erhöhten Blick, auf dem sich der Richtertisch befindet, zu betreten, so belaste ich nicht den jungen Mann. Schutz an dieser breiten Herausforderung der Republikaner trägt natürlich die ganze Atmosphäre, in der er sich befindet. Die Verantwortung trifft diejenigen, denen die Erziehung und Heranbildung der Referendare obliegt. Das aber sind Richter. Die Tatsache, daß der Referendar es gewagt hat, mit dem Abzeichen des Stahlhelms an jener Stelle zu erscheinen, bedeutet eine vernichtende Kritik der pommerschen Justiz.“

Es sei noch ergänzend gesagt: daß irgendeine öffentliche Zustimmung über jenen Vorfall in öffentlicher Gerichtsform, daß irgendeine Nachsicht, ob und wie er gerügt und wie für die Zukunft vorgebeugt werde, mir nicht vor Augen gekommen ist.

Endlich sei noch erwähnt: nicht ein Greifswalder Richter hat die Strafkammer gegen mich in Gang gebracht, sondern der Oberstaatsanwalt, der seitlich am Richtertisch saß (also doch wohl als Protokollführer), das Abzeichen des Stahlhelms, von dem Richter unbemerkt (aber nicht vom Angeklagten!) an der Weste getragen hat.

Die Strafkammer hat auf Grund der Urteile vom 1925 kurz vor der Hauptverhandlung unerwartet die Sache.

Kurt Beder, Berlin-Mitte.

Thälmann, König & Co.

Ein Führerflecht.

Es wird uns geschrieben:

Der Artikel in der Zeitung „Der Abend“ vom 27. September 1928, Nr. 458 S. 227, „Reichspräsident“ Thälmann gerügt ist mir unangenehm fremd. Ich habe mich schon eine große Mühe gegeben, Thälmann in der SPD. Thälmann wird dem Kanonengang nach Moskau antreten genau wie König, und Thälmann wird dann dieselbe auch wie König eine Erhaltungsgesellschaft nach der Schweiz und Oberitalien machen, bis die kommunistischen Parteimitglieder so alles ein wenig vergessen haben. König konnte damals mit Unterstützung des Geschäftsmachers P. Rosenbergs die „König G. m. b. H.“ aufbauen, trotzdem die „König-Verträge“ am 13. Dezember 1925 über König schrieb: „Wir sprechen unseren Genossen König die Fähigkeit ab, ein geschäftliches Unternehmen zu leiten.“

Trotz dieser Erkenntnis blieb der gestürzte König Mitglied der SPD, bis jetzt und konnte als hervorragender Kommunist als Geschäftsführer der „König“ seine Arbeitskräfte so behandeln, daß eine Reihe von Projekten beim Arbeitsgericht Berlin die Folge waren. Dieser gestürzte und widerstandsfähige König hat sich als Rechtsbeistand einen Herrn Rudolf Koch aus Hamburg geholt, der auch als starrer Kommunist im Jahre 1927 den Arbeiter-Photographenbund und einige Hamburger Geschäftskreise überorientierte. (Siehe Novemberheft III, II. Jahrgang des „Arbeiter-Photographen.“) Zu diesen beiden Staatskommunisten schloß ich als dritten in diesem Bunde den erwerbslos werdenden Reichspräsidentenamwärter a. D. Thälmann vor. Er gehört dazu und wird sich in der Gesellschaft gut ausmachen!

Konzentrationslager für Trozkisten.

Wie Stalin die Opposition erledigt.

Das Organ des Lenin-Bundes schreibt in seiner neuesten Nummer:

Unsere Nachricht, daß Trozki und seine Familie in ihrem Verbannungsort an Malaria schwer erkrankt ist, wird bestätigt. Die Krankheit hat bereits solche Fortschritte gemacht, daß Trozki infolge geschwächter Hände und Füße und Körperschwäche absolut arbeitsunfähig ist, wodurch er gehindert ist, auch

Stahlhelmoffensive mit „gesetzlichen Mitteln“



„Wir alle werden mitmachen und den Kampf gegen das heutige System — mit gesetzlichen Mitteln — aufnehmen.“

(Ober-) Strauß auf der Stahlhelmumgebung zu Berlin.)

Amerikas Absage.

Antwortnote auf das englisch-französische Marinekompromiß. — Bereitschaftserklärung zu einer neuen Marinekonferenz.

London, 23. September. (Eigenbericht.)

Die amerikanische Antwort auf die Mitteilung des Inhaltes des englisch-französischen Marinekompromisses ist gestern mittag in der Form einer Note in London und in Paris gleichzeitig übergeben worden.

Dieses Dokument stellt zunächst fest, daß der Standpunkt der amerikanischen Regierung unverändert der sei, daß jede Seeabrüstung alle Klassen von Kampfschiffen umfassen müsse, während das englisch-französische Abkommen für gewisse Kategorien von Schiffen mit großer Einschränkung keine Beschränkung vorsehe. Eine Beschränkung allein der größeren Schiffsgruppen würde eine Benachteiligung Amerikas und eine Bevorzugung von Mächten mit großer Handelsflotte (wie England) bedeuten.

Die Note betont hierbei, daß Amerika keinerlei grundsätzlichen Einwände gegen ein Abkommen zwischen diesen beiden Ländern habe. Es könne aber natürlich die Zustimmung zu einer Annahme dieses Abkommens auf die Vereinigten Staaten nicht geben. Die Note sucht sodann in einer längeren, ins Detail gehenden Kapitel nachzuweisen, daß die amerikanische Regierung von Anfang an konsequent für eine praktische Herabsetzung der Rüstungen eingetreten sei und entsprechend im eigenen Lande gehandelt habe. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei nach wie vor bereit, an der Schöpfung einer Basis für eine weitere für alle Seemächte annehmbare Abrüstung der See mitzuarbeiten und

im Rahmen einer Konferenz die besonderen Bedürfnisse Frankreichs, Italiens oder irgendeiner anderen Seemacht durchzubekommen.

Zu positiven Vorschlägen zu Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zur See übergehend, betont die amerikanische Note, es solle jeder Macht gestattet werden, innerhalb der ihr zugestandenen gesamten Tonnagenquote das prozentuale Verhältnis der Tonnagen ihrer einzelnen Schiffsklassen untereinander zu verändern, Reduziere eine Macht eine prozentuale Erhöhung in einer Schiffsklasse vor, so müsse die entsprechende Tonnage von der in anderen Klassen gestateten Tonnage in Abzug gebracht werden. Würde Großbritannien einen derartigen Vorschlag machen und ihn durch englische und amerikanische Experten gemeinsam prüfen lassen, so könnte Großbritannien mit einer entsprechenden Zustimmung in Amerika rechnen. Die Vereinigten Staaten erwarteten jedoch auch von Seiten der anderen Mächte eine ähnliche Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Die Note schließt mit der Feststellung, daß das

anglo-französische Abkommen unglücklicherweise keine der Amerika wesentlichen Bedingungen erfülle.

„Das Abkommen schließt eine wichtige Klasse von Schiffen mit hoher Kampfkraft von jeglicher Rüstungsbeschränkung aus — eine Tatsache, die notwendigerweise zu einem für die nationale Wohlfahrt katastrophalen Wiederaufbau des Beträufeten zur See führen würde.“

mit den künftigen Unterhalt für seine Familie und für sich zu bestreiten. Trotz der schweren Malaria-Erkrankung Trozki verweigert ihm die russische Regierung jede ärztliche Versorgung und jedes Arzneimittel. Wiederholte dringende Bitten um Umquartierung aus diesem Zwangslager in eine gesündere Gegend sind abschlägig beschieden. Die Entscheidung der Stalin-Katow zielt auf physische Vernichtung Trozki und seiner Familie.

Als diese Märe des kalten Mordbrenns in Moskau und in anderen russischen Städten bekannt wurden, erhob sich innerhalb der Arbeiterschaft eine Protestwelle. Zehntausende oppositionelle Flugblätter wurden in den Betrieben verteilt. Es kam zu spontanen Kundgebungen für Trozki und zu Protesten gegen den Schandakt der Schließung an der physischen Ausrottung der alten Leningarde. Die anderen verbannten Oppositionellen befinden sich in ähnlicher schlechter Lage wie Trozki. So ist auch Nabel schwer erkrankt. Er hat sich in seinem Verbannungsort eine gefährliche Nierenkrankheit zugezogen. Er ist infolge fehlender jeglicher Mittel in größter Gefahr. Nachdem er gezwungen war, seine wertvolle Bibliothek zu verkaufen, ist ihm die Möglichkeit zur Arbeit genommen. Er kann seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten, so daß die Krankheit in dem geschwächten Körper günstigen Nährboden findet.

Sibirialow ringt mit dem Tode. Auch dieser verdiente Bekanntheit ist ein Opfer des Mordbrennsystems des Stalinischen Verbannungstums geworden. Sibirialow ist in der Verbannung schwer krank geworden. Seine Überführung nach Moskau zu einer ärztlichen Behandlung wurde immer wieder verzögert. Jetzt ist sie erfolgt. Jedoch ist es zu spät. Smilga, Sopranow und andere befinden sich in ähnlicher Lage. Es ist zu befürchten, daß sie heute schon ebenfalls in unmittelbarer Lebensgefahr stehen.

Warum schweigt Gorki, dem das Ringen mit dem Tode der alten Leningarde bekannt ist? Ihn hat selbst der Zarismus gestiftet, sich zu erholen! Will er weiter schweigen, obwohl ihm bekannt ist, daß Stalin-Katow auf die Vernichtung der alten Mitarbeiter und Freunde Lenins abzielen, weil sie genagt haben, dem Liquidationstums der heiligen Kominternführung entgegenzutreten?

Immer neue Verhaftungen und Verbannungen erfolgen. Erst in letzter Zeit ist die Verschickung von Oppositionellen angeordnet worden. Inzwischen werden Konzentrationslager für die Leninische Opposition eingerichtet. Aus allen Stellungen und Funktionen werden die oppositionellen Genossen vertrieben und durch Weizsäckern ersetzt. Der Staats- und

Parteiapparat wird immer mehr von den Feinden des russischen und des internationalen Proletariats durchdringt. Die Katow, Katinin, Bucharin und in ihrer Gefolgschaft Stalin sind in einer Panikstimmung. Sie wollen sich die Gunst der Rep. und Katali-Elemente durch die Ausrottung der oppositionellen Genossen erkämpfen.“

Gemeinsame Memoiren.

Foch und Ludendorff — Joffre und Ex-Kronprinz.

Paris, 28. September. (Eigenbericht.)

Die Zeitung „Rumour“ teilt unter der Überschrift „Das Verstecken der Marschälle“ mit, daß ein französischer Bericht demnach ein Werk über die Marschälle Foch und Joffres, der frühere deutsche Kronprinz und General Ludendorff arbeiten. Sollte die Beteiligung der beiden deutschen Kriegsverlierer an diesen von spezialisiertem Geiste inspirierten Kollektivmemoiren zutreffen, so wäre damit wenigstens eine gewisse Gewähr dafür gegeben, daß ihnen eine Weile die Zeit zu antilocomunistischer Betätigung fehlt. (Vorausgesetzt, daß der Ex-Kronprinz seinen Beitrag selbst schreibt, was nicht anzunehmen ist.)

Museen ohne Staatszuschuß.

Amerikaner kaufen französische Kunstschätze auf.

Paris, 28. September. (Eigenbericht.)

Die Finanzkommission der Kammer hat am Mittwoch beschlossen, die Subvention der Großen Oper in Paris, die bisher 800 000 Franken betrug, auf 2 400 000 Franken (350 000 Mk.) zu erhöhen. Die Regierung hatte lediglich eine Verdoppelung beantragt. An sich werden von der französischen Regierung für derartige Zwecke überhaupt nur geringe Mittel zur Verfügung gestellt. Die staatlichen Museen erhalten nicht einmal einen Pfennig Zuschuß. Sie müssen sich mit dem begnügen, was ihnen von Freunden gespendet wird und sich im übrigen selbst unterhalten. So ist es kein Wunder, daß kürzlich ein reicher amerikanischer Sammler für nicht weniger als 120 Millionen zum Teil sehr wertvolle Gemälde in Frankreich zusammenlaufen konnte, während die staatlichen Museen aus Mangel an Mitteln auf den Einkauf dieser Stücke verzichten mußten.

Wahlfälschung?

Eine Beweisführung, aber kein Beweis.

Unter den Helfern am Briefpostamt C 2 ist die Meinung verbreitet, daß Angehörige rechtsgerechter Organisationen in ihrem Arbeitsverhältnis begünstigt, linksstehende und freigewerkschaftlich organisierte Helfer dagegen benachteiligt werden. „Strohheime“ Posthelfer schloßen sich deshalb irgendeinem „vaterländischen“ Arbeiterverein an, wenn sie nicht schon mit Rücksicht auf ihre Mitgliedschaft in einem derartigen Verein eingestellt worden sind.

Auch beim Postamt C 2 besteht eine kleine Gruppe eines Vereins vaterländischer Posthelfer, die bei den letzten Betriebsratswahlen mit einer eigenen Liste aufgetreten ist. Bei der Feststellung des Wahlergebnisses wurden für diese Liste 2 nur 28, für die freigewerkschaftliche Liste 1 aber 156 Stimmen gezählt. Darob gab es lange Gespräche bei den „vaterländischen“ Ratadoren. Sie zählten die Häupter ihrer Listen, nämlich diejenigen, die sich äußerlich zu ihnen bekannten, und fanden, daß deren Zahl erheblich größer als 28 sein müsse. Eine Versammlung der „vaterländischen“ wurde einberufen und ein heftiges Donnerwetter losgelassen gegen diejenigen, welche sich öffentlich zur „vaterländischen“ Arbeiterbewegung bekannten, die geheimer Wahl aber für den Betriebsrat stimmten. Solche Verräter der vaterländischen Sache müßten gebrandmarkt werden.

Auf einer ausgelegten Liste erklärten dann auch 41 Posthelfer durch Unterschrift, daß sie für die Liste 2 gestimmt hätten. Mit diesem „Beweismaterial“ gingen drei Häupter der „vaterländischen“ zum Arbeitsgericht und beantragten, die Wahl für ungültig zu erklären. Es wurde nun dargelegt, daß die Wahl, um den zu verkleinerten Zeiten Beschäftigten Helfern die Beteiligung zu ermöglichen, an drei aufeinander folgenden Tagen stattfand. Die Wahlurne war mit amtlichen Siegelmarken verschlossen. Sie bestand sich in einem besonderen Zimmer, das in der Zeit zwischen den Wahlen verschlossen war. Einen Schlüssel hatte der Amtsvorstand, den anderen hatte der Wahlvorstand in Verwahrung. Wenn die Behauptung der „vaterländischen“ zuträfe, dann müßte der freigewerkschaftliche Wahlvorstand entweder selbst die angebliche Wahlfälschung ausgeführt oder sie durch Hingabe des Schlüssels an einen Dritten ermöglicht haben. Welche von diesen Annahmen die „vaterländischen“ Kläger für zutreffend halten, das sagten sie nicht. Sie betrafen sich lediglich auf ihre 41 Unterschriften.

Das Gericht, unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Regensburger, hielt diesen „Beweis“ für ausreichend, um die Wahl zum Betriebsrat und zum Betriebsratsrat für ungültig zu erklären. Es liege kein Anlaß vor — sagte Dr. Regensburger — an der Nichtigkeit der Erklärung von 41 ehrenwerten Männern zu zweifeln. Man müsse also annehmen, daß in der Trostlosigkeit ein Unbefugter in den Wahlraum eingedrungen sei, die Siegelmarken von der Urne entfernt, die Stimmzettel vertauscht und neue Siegelmarken angelegt haben.

Im Gegensatz zu Dr. Regensburger halten wir diese Beweiswürdigung für vollkommen unzutreffend. Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß Leute in geheimer Wahl für eine Partei stimmen, zu der sie sich öffentlich zu bekennen nicht wagen, weil sie sonst wirtschaftliche Nachteile zu befürchten haben. Erklärungen wie die der 41 „ehrenwerten Männer“ sind also niemals beweiskräftig.

Schutz der kaufmännischen Jugend!

Wie er ausgeübt wird.

Wieder ist die Schulentlassung, wieder gehen Tausende junger Menschen mit hohen Erwartungen in die Berufe. Auch dem kaufmännischen Beruf wendet sich ein großer Teil der Schulentlassenen zu. Es heißt jetzt all die Dinge zu erlernen, die Nützlich für ein ganzes Leben sein sollen und die die Grundtöne für eine glückliche Zukunft bilden.

Diese Firmen geben sich gewiß große Mühe um eine gute Ausbildung ihrer Lehrlinge. Andere sehen in dem Lehrling aber vorwiegend eine billige Arbeitskraft, die sie für alle möglichen Arbeiten verwenden, nur nicht für solche, die zur Erlernung des kaufmännischen Berufes erforderlich sind. Überall muß darüber gewacht werden, daß kein Mißbrauch mit der jugendlichen Arbeitskraft ge-

schicht und daß von den Lehrfirmen die tariflichen Bestimmungen in bezug auf Arbeitszeit, Urlaub, Entgelt usw. erfüllt werden.

Diese Arbeit können unmöglich die Eltern leisten. Nur eine große gewerkschaftliche Organisation kann, gestützt auf die ihr durch die Zugehörigkeit von Hunderttausenden Angestellten verliehene Stärke und durch ihre Nachmittel, die Interessen des Lehrlings dem Unternehmer gegenüber wirksam vertreten. Diese Organisation ist der Zentralverband der Angestellten. Er kämpft für ausreichenden Lehrlings- und Jugendschutz, für Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens und für Sicherung einer guten, praktischen Berufsbildung. Der ZbA unterhält auch an vielen Orten Jugendgruppen, die der beruflichen Bildung der Jugendumitglieder durch Abhaltung von Kursen und Vorträgen und der Pflege edler Geselligkeit durch Wanderungen, Spiel und Sport dienen.

Darum Eltern, merkt auf: Veranlaßt eure Kinder, die jetzt neu in den kaufmännischen Beruf eintreten, zum Eintritt in den Zentralverband der Angestellten. Dort finden sie Schutz vor Ausbeutung im Beruf und eine Stätte zur beruflichen Erziehung. In über 700 Orten sind Verwaltungsstellen. Auf Wunsch gibt jede verlangte Auskunft die Ortsgruppe Berlin des ZbA, Geschäftsstelle SW 61, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Berufsmäßige Lügner.

Was ist in Mitteldeutschland erreicht worden?

Die „Kote Fahne“ vom 28. September gibt eine schon in der Ueberschrift ablatende falsche Darstellung des in dem Tarifstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau von den Vertretern der Arbeiter angenommenen Arbeitszeitabkommens, das vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist. Die „Kote Fahne“ überschreibt ihre Notiz: „Der 10-Stunden-Schiedspruch in Mitteldeutschland noch um 1 1/2 Jahre, bis 1. Oktober 1930, verlängert“.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so: Bis her galt in den durchgehenden Betrieben die 11-Stunden- und in den nichtdurchgehenden Betrieben die 10 1/2-Stunden-Schicht. Diese Schichtzeiten sind jetzt herabgesetzt auf 1. Oktober d. J. auf 10 1/2 Stunden in durchgehenden und 10 Stunden in nichtdurchgehenden Betrieben. Ab 1. April 1929 tritt eine weitere Verkürzung der Schichtzeit auf 10 Stunden allgemein ein. Vom 1. Oktober 1929 wird die Schichtzeit auf 9 1/2 Stunden verkürzt. Die Arbeitszeit beträgt dann in den durchgehenden Betrieben 9 Stunden und in den nichtdurchgehenden Betrieben 8 1/2 Stunden.

Die Kaufleute des Arbeitszeitabkommens ist nicht vom Reichsarbeitsminister auf den 28. September festgelegt worden, sondern zwischen den Tarifparteien gegen weitere Zugeständnisse der Unternehmer in der Arbeitszeitfrage vereinbart worden.

Die „Kote Fahne“ ist auch in diesem Falle mit ihrer bewußt falschen Darstellung ihrer Methode treu geblieben.

Großkampf in München-Glabbech.

Auch die Seidenindustrie will aussperrn.

Im Konflikt der R-Glabbecher Textilindustrie hatte der Schlichtungsausschussvorsitzende dieser Tage die Vertreter der Textilarbeitnehmerverbände zu einer unverbindlichen Aussprache eingeladen. Die Aussprache galt in erster Linie der Orientierung des Vorsitzenden über den Stand der Kampflage. Ritten in die Besprechung hinein plähte wie ein Blüß aus hellem Himmel eine Propagation der Arbeitgeberverbände von R-Glabbech. Es wurde den Arbeitergewerkschaften eine Befanntmachung mit einem Anschreiben übermittelt, wonach die Aussperrung auch auf den in diesen aufgestellten Textilarbeitgeberverband für die Seidenindustrie übertragen werden soll. Diese Propagation mußte naturgemäß zu einer Veräberung der gesamten Situation führen. Es ergab sich deshalb aus der Besprechung, daß der Jugendklub für das Eingreifen einer amtlichen Schlichtungsinstanz noch nicht gekommen ist.

Darmit wird die Aussperrung von etwa 48000 Textilarbeitern und -arbeiterinnen Laßache. Die Verantwortung für diesen Kampf fällt einzig und allein den Arbeitgeberverbänden des Glabbecher Bezirks bzw. deren Leitungen zur Last. Die von ihnen eingenommene hinhaltige und propagandistische Haltung übersteigt die Grenzen alles bisher Dagewesenen. Die Textilarbeiterschaft ist nunmehr fest entschlossen, den Kampf in vollem Umfange aufzunehmen.

Hochbahnerstreik in Hamburg?

Einigungsverhandlungen ergebnislos verlaufen.

Hamburg, 28. September.

In den Verhandlungen der Hamburger Hochbahn vor dem Hamburger Schlichter Dr. Stenzel konnte keine Einigung zwischen den Parteien herbeigeführt werden. Die Lage ist dadurch noch enger geworden. Ein Schlichterspruch wird, wie es heißt, noch nicht gefaßt, sondern es sollen vorher wahrscheinlich nochmals Verhandlungen gepflogen werden. Am Freitag vormittag haben die Vertrauensleute der Betriebsbetriebe der Hamburger Hochbahn U. G. zu der geschaffenen Lage Stellung genommen. Der von der Verhandlungskommission eingenommene Standpunkt wurde einmütig gebilligt. Auch eine stark besuchte Ballversammlung der Betriebsarbeiter, die ebenfalls am Freitag vormittag stattfand, nahm die gleiche Haltung ein. Für Freitag abend ist eine weitere Ballversammlung angesetzt worden. Wenn sich die Hamburger Hochbahn U. G. zu keinem weiteren Entgegenkommen bereit zeigt, ist, ebenso wie bei den Sechiffswerften, auch auf den Betrieben der Hamburger Hochbahn U. G. ab 1. Oktober mit sehr ersten Arbeitstämpfen zu rechnen. Für den Fall, daß es im Laufe des Tages zu keiner betrieblichen Lösung kommt, wird voraussichtlich am Sonnabend eine Urabstimmung in den Betrieben der Hamburger Hochbahn U. G. stattfinden.

Wechsel im niederländischen Gewerkschaftsbund

Kupers als Vorsitzender gewählt.

Amsterdam, 28. September. (Eigenbericht.)

Die Hauptvorstandskonferenz des niederländischen Gewerkschaftsbundes wählte Kupers vom Befeidigungsarbeiterverband, der bisher schon dem Vorstand als Sekretär angehört hatte, einstimmig an Stelle von Steenhuis zum ersten Vorsitzenden. Gleichzeitig beschloß die Konferenz, sich an dem Ausbau der niederländischen Arbeiterpresse finanziell mit einer Million Gulden zu beteiligen.

Die christliche Internationale.

München, 28. September. (Eigenbericht.)

Der Internationale Kongress der Christlichen Gewerkschaften begrüßte am Freitag in seiner Schlußsitzung den Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas. In einer temperamentvollen Ansprache erklärte Thomas, seine Anwesenheit sei als ein Zeichen dafür anzusehen, daß er die Gleichberechtigung der christlichen Gewerkschaften anerkenne. Früher habe er die Auffassung gehabt, daß alle Arbeiter in einer Partei und in einer weltanschaulichen Richtung zusammengefaßt werden müßten. Jetzt habe er erkannt, daß ein Aufgehen der verschiedenen Richtungen in einer Einheitsbewegung nur schwer möglich sei. Die Stärke liege in der vollen sittlichen Selbstbestimmung der verschiedenen Richtungen. Die Idee des Internationalen Arbeitsamts in Gené werde zwecklos durch das Zusammenarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften wachsen. Thomas wurde von dem Kongress förmlich begrüßt.

Achtung, Buchbinder.

Seht heute zur Beiratswahl.

Am Sonnabend, dem 29. September, in der Zeit von nachmittags 1 bis 6 Uhr werden in den bekannten zehn Wahllokalen die Vertreter und Erfahrpersonen zum Verbandbeirat gewählt. Alle Anhänger der sachlichen Gewerkschaftsarbeit wählen die Kollegen und Kolleginnen Gustav Brenner, Hedwig Nebel als Vertreter und Erich Engelmann und Kartha Necha als Erfahrpersonen. Die drei Kommunisten Kofis, Agnes Paulus und Hofe müssen gestrichen werden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Morgen, Sonntag: Achtung, Mädels! Wochenendurlaub für unsere Mädchenvereinsfrauen der Gruppen im Jugendklub des Deutschen Reichsbundes, Angelfischer 24-26. Dr. Ernst Kofis referiert über „Die Pflichten der Jugendclubs“, unter besonderer Berücksichtigung des Mädchenvereins. Treffpunkt um 9 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Gruppe Juppelplatz: Wo feiern noch Winterfest?

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geuer; Schriftföhrer: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: Reichs-Gewerkschaften; Dr. John Schimanski; Göttele und Souliere; Aris Karbätt; Anzeigen: H. Glöde, sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Teul Street u. Co. Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2. Dienst 1 Beilage, „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vormärts“.

GROSSER STRUMPFE VERKAUF

Damen-Strümpfe

Kunstseide oder Mako Paar **95** P.

Seidenflor oder Mako Paar **1⁴⁵**

Künstl. Waschseide gute Qualität mit flacher Sohle, in mod. Farb. u. Schwarz, Paar **1⁰⁵**

Reine Wolle gutes englisches Fabrikat mit nachlässiger Sohle, Paar **2⁰⁵**

Pa. Wolle mit künstlicher Seide einfarbig, mit nachlässiger Sohle, Paar **3⁵⁰**

Kinder-Kniestrümpfe

Reine Wolle mit farbigen Umschlagrand, original englisch, Größe 8, Paar **1³⁵**
(jede weitere Größe 15 P. mehr)

Damen-Handschuhe

Schwedisch (mit oder ohne Manschette, in farbig) **95** P.

Trikot mit feiner Anfaht, 2 Druckknöpfe, in farbig **1⁴⁵**

Lederimitation mit eleganter Anfaht und Manschette, in Gold und farbig, Paar **2⁴⁵**

Nappa ganz gestoppt, mit 2 Druckknöpfen, Paar **3⁰⁰**

Orig. engl. u. Wiener Strumpfwaren

welt unter regulärem Preis

Damen-Strümpfe meliert Paar 1⁴⁵	Damen-Strümpfe Wolle mit künstlicher Seide meliert, Paar 2⁴⁵
Damen-Strümpfe Haarnwolle, in feinen Melangen oder reine Wolle, Paar 1⁹⁵	Hafersocken in eleganter Ausführung, Paar 1⁹⁵

Herren-Socken

Jacquard moderne Muster, Paar **95** P.

Kunstseide mit Doppelschleife, Paar **95** P.

Fantasiesocken moderne Muster, Paar **1⁴⁵**

Reine Wolle gestrickt, Orig.-englisch, Paar **1⁹⁵**

Fantasiesocken elegante Muster, Paar **1⁹⁵**

Woll-Fantasiesocken neuere Dessins, Paar v. **2⁴⁵** an

Herren-Sportsstrümpfe

permaniert, original englisch, Paar **3⁹⁵**

Herren-Handschuhe

Trikot mit 1 Druckknopf, farbig, Paar **1⁴⁵**

Schwedisch (mit oder ohne Manschette) mit 1 Druckknopf, Paar **2⁷⁵**

Nappa ganz gestoppt, mit 1 Druckknopf, Paar **4⁰⁰**

Kinder-Handschuhe Trikot, mit 2 Druckknöpfen, in farbig, Paar **95** P.

HERMANN TIETZ

Sind Ihre Maschen gefallen, dann bringen Sie Ihren Strumpf zu uns, wir lassen Ihnen die getauenen Maschen, soweit lobend, aufnahmen und berechnen Ihnen den reparierten Strumpf mit 30 Pfennig.

Bergmann legt ein Geständnis ab!

Für ihn gab es nur Selbstmord, Zuchthaus oder Flucht!

In dem Prozeß gegen Bergmann und Genossen erklärte der Angeklagte Bergmann: Daß doppelte Verpfändungen vorgenommen sind, wußte ich seit dem Vorfall mit dem Direktor Kösch von der Reichsdruckhandelsbank. Das war 1923, aber ich habe meine Augen zugemacht und nichts wissen wollen. Ich habe es gebuddelt, um jeden Fall zu vermeiden. Amtsgerichtsrat Dr. Wartenberger:

Sie legen also sozusagen ein Geständnis ab?

Angell. Bergmann: Ja. (Stürmische Bewegung.) Ich wollte aber nicht, daß jetzt schon die Bombe platzt. (Erneute große Bewegung.) Ich habe gestaunt, war blass, als ich hörte, daß Waren zweifach und dreifach verpfändet worden waren. Als ich dann später den großen Umfang überließ, sagte ich: „Jetzt machen wir Schluss.“ Hätten die Geldgeber ihre Zinsen und Provisionen zurückgezahlt, so wären sämtliche Gläubiger befriedigt worden. Der Rechtsanwalt Fröh Meyer wäre der erste gewesen, der seine 57 000 M., die er in einem Jahre verdient hatte, hätte zurückzahlen müssen. Er hat mich erpreßt und hatte allen Grund, allem aus dem Wege zu gehen. Bei den Gläubigern kam auch die Angst vor dem Finanzamt nach in Frage. Nun dachte ich mir, daß die Finanzierung ganz gutgehen würde. Jeder hätte sein Geld bekommen. Borf.: Weshalb machten Sie das denn nicht gleich, sondern warteten noch ein ganzes Jahr. Sie hätten noch weiter gewartet, wenn die Geschäfte zum Klappen gekommen wäre. Angell. Bergmann: Nein, nein, ich hätte schon mit Landauer alle Bedingungen für die Gläubiger festgelegt. Die kleinen Leute bis zu 3000 M. hätten ganz ausbezahlt werden. Für das vorhandene Bargeld, etwa 300 000 M., sollten Waren gekauft werden. Es lag da auch ein Plan von Kommerzienrat Kaufmann aus Dresden vor, der für eine Million Warenkredit beschaffen wollte. Borf.: Aus den Akten geht aber hervor, daß Kaufmann nur von 50 000 M. harem Gelde gefügt worden ist. Es sollen auch nur ganz unverbindliche Vorschreibungen gewesen sein. Bergmann: Letzteres stimmt. Die 50 000 M. wollte Kaufmann hineingehen. Da hatte aber auch R.A. Dr. Jolenberg noch einen anderen Plan. Borf.: Welche Dr. Jolenberg von den Doppelverpfändungen? Angell. Bergmann: Das muß er wohl, er kam immer, und wollte Geld haben. Ich sagte ihm stets: „Das geht nicht so weiter, ich kann doch das Geld von den Gläubigern nicht angreifen.“ Da sagte er bei dieser Gelegenheit, er habe draußen gesehen, daß wieder 1000 M. eingezahlt worden seien. „Nun zahle mir“, sagte er hinzu. Ich erwiderte: „Das ist doch nicht mein Geld, auf diese Weise treibst du uns ja

dem Abgrund zu.“

Jolenberg sagte darauf: „Wenn du Schwierigkeiten hast, dann habe ich einen anderen Plan.“ Er entwickelte mir nun diesen. Das Lagerhaus sollte in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Mit dem vorhandenen Gelde sollte ich die Aktien einer Expeditionsgesellschaft erwerben, diese mit dem Lombardhaus verschmelzen und dann die Aktienmehrheit des Lombardhauses wieder erwerben. Die Gläubiger sollten dann die Aktien statt der Lagerheine bekommen. Borf.: Wie haben Sie sich das Aussehen der ersten Bilanz vorgestellt? Jeder Kaufmann hätte Ihnen gesagt, daß das vollkommenste Unsinns ist. Angell. Bergmann: Landauer machte mich darauf aufmerksam, daß eine Aktiengesellschaft scharf kontrolliert wird, und er sagte: „Jolenberg ist verrückt.“ Borf.: Wann haben Sie Dr. Jolenberg etwas von den mehrfachen Verpfändungen gesagt? Bergmann: Das genaue Datum kann ich nicht angeben. Im September 1927 hatte er es bestimmt gewünscht. Er verlangte da wieder Geld und da sagte ich ihm, daß nichts da sei, und daß ich das Gläubigerkapital nicht angreifen könnte. Borf.: Haben Sie ihm da auch gesagt, daß schon mehrfache Verpfändungen vorgenommen sind? Angell. Direkt nicht, aber angedeutet. Borf.: Und Sie meinen, daß er ein so geheimer

Kaufmann war, um das deutlich zu verstehen? Angell.: Ein besserer Kaufmann als ich. Borf.: Haben Sie auch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby gefragt, daß mehrfache Verpfändungen vorgenommen sind? Angell.: Ich habe es ihm auch angedeutet — ganz bestimmt. (Bewegung.) Als die Hindenburg-Einlagen gemacht wurden, sollte ich an ihn und noch drei weitere Vermittler im ganzen 6 Proz. zahlen, außerdem stellte Hindenburg so große Forderungen, daß ich von den 300 000 M. höchstens 150 000 M. erhalten hätte. Die Hälfte waren Speisen. Ich habe Dr. Jacoby gefragt, nicht mit bestimmten Worten, aber unzweideutig und klar,

daß die Geschäfte bei derartigen Provisionen nicht teufel sein könnten.

Ich sagte ihm auch, daß ich nicht zahlen könnte. Ich hätte den Kopf so voll, wo ich das Geld herkommen sollte. Borf.: Herr Dr. Jacoby, hat Ihnen Bergmann derartige Andeutungen gemacht? Angell. Jacoby: Bergmann sagte mir lediglich, daß ich meine Provisionsansprüche ermäßigen müßte, weil er auch in diesem Falle noch an andere zu zahlen hätte. Ueber Geldmangel hat er nie geklagt. Bis zum letzten Augenblick sprach er von der glänzenden Geschäftslage. Angell. Bergmann: Dr. Jacoby sah doch, in welcher Verfassung ich ins Hotel Bristol immer kam. Borf.: Wußte er daraus Ihre Sorgen erleben. Angell.: Ja, Dr. Jacoby: Bergmann war erschöpft und sagte, er wisse nicht, wo ihm der Kopf stehe, aber das schiede ich seiner Arbeitsüberlastung zu. Nie machte er Andeutungen von Finanzsorgen. Angell. Bergmann: Ich habe, soweit ich mich erinnere, Dr. Jacoby auch von dem Vorfall Jolenbergs über die Aktiengesellschaft erzählt. Dr. Jacoby: Das ist ausgeschlossen. Im September hatte ich die letzte Unterredung mit Bergmann. Borf.: Wir werden R.A. Dr. Jolenberg zu morgen laden lassen, um ihn über diesen Punkt zu vernehmen. Oberstaatsanwalt Binder: Ich bitte, es gleich zu tun. Borf.: Gut, hoffentlich bekommen wir ihn, dann können wir die Frage gleich klären. Dr. Jolenberg wurde darauf geladen.

Dr. Jolenberg erklärte im Laufe seiner Vernehmung auf die Frage, ob ihm bekannt gewesen sei, daß in dem Betriebe Lagerheine und Ware mehrfach verpfändet wurden, glatteweg mit nein. Ob er sich jedoch darüber Gedanken gemacht habe, das sei eine andere Frage. Interessant war auch die Äußerung, die nach dem Zeugnis des Rechtsanwalts Dr. Jolenberg der Sachverständige Brandt über Bergmann gemacht hatte. Er hatte erklärt, daß es für ihn

nur Selbstmord, Zuchthaus oder Flucht

gäbe. Bei der weiteren Vernehmung fragte der Vorsitzende den Zeugen Dr. Jolenberg: Haben Sie von ihrer Ansicht, daß Sie dem Unternehmen nicht trauen, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby Andeutungen gemacht? Zeuge Dr. Jolenberg: Ganz ausgeschlossen. Borf.: Herr Rechtsanwalt Dr. Jolenberg, seien Sie recht vorsichtig in Ihren Aussagen hierüber. Ich werde Ihnen hierüber noch Vorhaltungen machen, wenn Ihnen die Zeugnisse gegenüber gestellt werden. Zeuge Dr. Jolenberg: Ich bin mit Bergmann und Jacoby in einem Café zusammengetroffen weil wir uns über die Angriffe gegen Bergmann anlässlich der Affäre Adich besprechen wollten. Als ich das Verbrechen mit der Mandatsicherheit zu Gesicht bekam, und mir gesagt wurde, daß ein Verbrechen wegen unlauteren Wettbewerbes eingeleitet sei, sprach ich mit Dr. Jacoby darüber. Wir fuhren in einem Auto zusammen. Dr. Jacoby fragte mich, ob ich etwas Liebles über Bergmann wüßte. Borf.: Was dann?

Kommen Sie nur mit der Sprache heraus.

Zeuge Dr. Jolenberg: In diesem Loge hörte ich zu meinem Erstaunen zum ersten Male, daß Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby für Bergmann Auskünfte erteilte. Er fragte mich, ob ich über Bergmann irgendetwas sagen könnte. Als Anwalt Bergmanns

konnte ich mich doch nicht über ihn äußern. Borf.: Wenn Sie gutes hätten sagen können, würde Ihre Schweigepflicht doch nicht so in Frage gekommen sein. Zeuge Dr. Jolenberg: Ich hatte für Bergmann Prozesse geführt und da war manches vorgekommen, was einen gewissen Verdacht aufkommen ließ. Unmöglich konnte ich sagen: „Der Mann ist prima.“ R.A. Dr. Eisberg: Bezog sich die Frage von Dr. Jacoby überhaupt auf die Solvenz Bergmanns oder auf die allgemeine Persönlichkeit? Zeuge Dr. Jolenberg: Ueber die Solvenz haben wir uns überhaupt nicht unterhalten. Dr. Jacoby wollte von mir eine Auskunft haben, wie ich mich zu der Frage der dringlichen Sicherheit der Darlehensgeber stelle. Ueber die Persönlichkeit Bergmanns haben wir uns bestimmt nicht unterhalten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby hatte es nicht nötig, mich darüber zu befragen. R.A. Dr. Eisberg: Hat Dr. Jacoby Sie über die Vermögenslage Bergmanns befragt? Zeuge Dr. Jolenberg: Nein, das geht mich auch nichts an. Borf. zu Dr. Jolenberg: Dr. Jacoby fragte doch auch, ob alles in Ordnung gehe. Darin liegt doch ein gewisser Unterston. Zeuge Dr. Jolenberg (nach längerem Bedenken abschließend): Unterston? Wie soll ich jetzt noch wissen, was er in der einen Minute, die das Gespräch baute gemeint hat. R.A. Dr. Eisberg: Haben Sie nach der Unterredung die Empfindung bekommen, daß die Fragen doch einen Unterston gehabt hatten und daß Sie eigentlich verpflichtet seien, ihn zur Vorsicht zu mahnen. Dr. Jolenberg: Nein.

Die Verhandlung wurde schließlich abgebrochen und auf Montag früh vertagt. R.A. Dr. Jolenberg wird, wie Amtsgerichtsrat Dr. Wartenberger ihm bei seiner Entlassung mitteilte, noch mehrfach als Zeuge vernommen werden.

„Graf Zeppelin“ flog nicht nach Wien!

Nächste Reise nach Berlin?

Das Zeppelin-Luftschiff mußte seine Reise, die es bis Wien führen sollte, infolge Unwetters abbrechen, und nach Friedrichshafen zurückkehren. Die Umkehr des Luftschiffes hat in Wien sehr enttäuscht. Es waren bereits alle Vorbereitungen für einen festlichen Empfang getroffen. Der Kanag war bereits der Vorbereitungen eines Grußes der Bundesregierung an das Luftschiff übermittelt worden, der vom Wiener Großhändler ausgegeben werden sollte. Für den Austausch von Funkprüchen mit dem Luftschiff hatte die „Kanag“ auf dem Stephansturm eine Empfangsanlage errichtet. Auch im Publikum herrschte lebhaftes Interesse. Man sah große Menschenansammlungen auf den öffentlichen Plätzen. Erst nach 12 Uhr wurde die Abfluge allgemein bekannt.

Nachdem das Luftschiff kurz nach 15 Uhr 30 angefliegen hatte, sah es gegen 16 Uhr zu landen bereit, erschien es um 15 Uhr 50 über dem Bodensee und über der Stadt. Es wurde erst aus sehr naher Entfernung sichtbar, weil keine Farbe vollkommen den niedrighängenden Wolken glich. Punkt 16 Uhr 20 setzte es in langsamer Fahrt von Norden über den Landeplatz fliegend zur Landung an. Quer vor der Südseite der Werft liegend, stand es einige Minuten unbeweglich. Zwei Minuten später fielen die Halbttau, nachdem das Schiff rasch gesunken war. Um 16 Uhr 25 war die Landung glatt vollzogen.

Ueber die Fahrt äußerten sich sämtliche Fahrgäste überaus befriedigend. Auch die beiden englischen Luftschiffverwandigen sprachen ihre Befriedigung über die Leistungen des Schiffes aus. Wie nicht anders zu erwarten war, haben auch die Versuche mit Blaugasverwendung zu einem vollen Erfolg geführt. Der letzte Teil der Fahrt von Augsburg nach Friedrichshafen verzögerte sich länger, als man in Friedrichshafen erwartet hatte, weil auf dieser Strecke ziemlich starke Gegenwinde herrschten. Die Gesamtdauer der Fahrt und auch die Fahrtstrecke dürften ziemlich den Leistungen der Südwestdeutschen Luftschiffahrt entsprechen. Die nächste Fahrt wird am Dienstag stattfinden und voraussichtlich nach Norddeutschland und den angrenzenden Ländern führen, wobei sehr wahrscheinlich Berlin und Königsberg ein Besuch abgestattet wird. Nach einer weiteren Fahrt in der nächsten Woche dürfte die Amerikafahrt, wie bereits angekündigt, in der übernächsten Woche vorstatten gehen.

Der Fall Carrier.

Von Erstan Bernard.

(Einzig berechnigte Uebersetzung von A. Coltin.)

Einige Zeit war ich etwas zerstreut, weil ich die närrische Idee hatte, daß Carrier sich in dieses Wäldchen geflüchtet hatte und wir ihn plötzlich hinter einem Gebüsch elend und abgemagert würden auftauchen sehen. Aber das war nur ein lächerlicher Einfall.

Als wir aus dem Wäldchen heraus waren, kam die Sonne wieder hervor und wärmte uns. Zuerst verharren wir in derselben Stellung, und erst nach einem Weilchen sagte Blanche, daß die Temperatur meine schühende Geste nicht mehr berechnigte. Ganz sanft machte sie sich los und rückte ein wenig von mir fort. Ich wagte nicht, sie zurückzuhalten.

Auf der ersten Station führten unsere Nachforschungen zu keinem Ergebnis: nicht nur, daß die Schalterbeamten seit einigen Tagen keine mit Blut beschmierte Banknote erhalten hatten, sie hatte überhaupt keinen Geldschein bekommen, so daß jede weitere Frage sich dadurch erübrigte.

Wir fuhren also weiter, und der Wagen rollte eine gute Meile dahin. Hier und da warfen wir einen zerstreuten Blick auf die Landschaft. Wir sprachen von allen möglichen Dingen, von einer Reise, die Frau Chéron nach Deutschland gemacht hatte, von meinem Leben im Regiment. Die Zeit verging sehr schnell. Als wir auf der betreffenden Station angelangt waren, plauderten wir noch weiter im Wagen, als er schon einige Augenblicke angehalten hatte. Dann sprang ich heraus, um weitere Nachforschungen anzustellen.

Auf dem stillen vereinigten Bahnhof traf ich niemand. Als ich den Bahnsteig entlang ging, um den Stationsvorsteher zu suchen, bemerkte ich plötzlich ganz weit entfernt einen Bauern, der auf dem Felde arbeitete. Er blieb stehen, um nach mir herüberzublicken. Einige Minuten beobachtete ich ihn, wie er langsam auf mich zukam. Endlich war er auf dem Bahnhof, öffnete einen kleinen Verschlag, nahm eine Mütze heraus, und mit diesem offiziellen Abzeichen versehen, fragte er mich, was ich wünschte.

Es war ein etwa fünfundsiebzigjähriger Mann. Wie die Stacheln eines Igels standen borstige, weißgelbe Haare auf seinem Kopf und den Wangen über über den Augen. Er überlegte lange, nachdem er meine Frage gehört hatte;

darauf schüttelte er den Kopf und erwiderte: „Nein, nein.“ Dann standen wir noch einige Augenblicke, ohne etwas zu sagen, nebeneinander, und nachdem ich ihn gegrüßt hatte, entfernte ich mich. Ich sah, wie er zu seiner Feldarbeit zurückkehrte.

Derselbe Mißerfolg erwartete uns auf dem nächsten Bahnhof, wo eine alte Frau die Freundlichkeit soweit trieb, die einzige Banknote, die sie in ihrer Kasse hatte, zu holen; der Schein war ganz neu, ohne einen Fleck.

Die nächste Station war siebenundzwanzig Kilometer von Toul entfernt und zehn Kilometer von dem Bahnhof, auf dem wir uns augenblicklich befanden. Es schien uns zweifelhaft, daß Carrier so weit gegangen sein sollte, ehe er den Zug bestieg. So beschloßen wir denn, nach Toul zurückzufahren, und wir hatten den Kutscher, einen anderen Weg einzuschlagen. Innerlich hoffte ich, daß wir wieder durch einen Wald fahren würden, damit ich den Arm um meine Gefährtin legen könnte. Aber es bot sich keine Gelegenheit mehr; der Kutscher fuhr auf der Chaussee zurück.

Während der Heimfahrt plauderten wir lebhaft und ununterbrochen. Die zwanzig Jahre unseres Lebens, die wir verbracht hatten, ehe wir uns kannten, mußten eingeholt werden. Um ein Uhr nachmittags hielten wir in einem kleinen Dorf, wo es ziemlich schwierig war, etwas Mittag zu bekommen, eine Omelette mit Speck und etwas Schinken, das war alles. Am Orte wurde ein Bier gebraut, das ziemlich stark alkoholhaltig war und meine junge Begleiterin in Stimmung brachte. Als wir gegen vier Uhr nachmittags nach Toul zurückkehrten, war sie nach der Spazierfahrt so müde, daß sie sich in ihr Zimmer begab und sich hinlegte. Unterdessen ging ich wieder nach Bonnells Haus, aber mehr von Bangeweise als von der Hoffnung getrieben, eine neue Spur zu entdecken.

Ich fand dort den städtischen Wächter immer in derselben Haltung vor der Gittertür. Ich wagte ihn kaum zu fragen, ob sich etwas Neues ereignet hatte. So sehr merkte ich ihm die Gleichgültigkeit an für alle jene Ereignisse, die ihn seit zwei Tagen seinem gewohnten Leben entzissen hatten. Da ich nicht wußte, was ich anfangen sollte, ging ich weiter die Landstraße entlang und ließ Toul hinter mir. Nach fünfzehnhundert Metern kam ich in ein kleines Café, das einem Bahnhof gegenüberlag.

7.

Es war der erste Bahnhof der auf der Straße nach Boris lag. Ich hatte nicht daran gedacht, meine Forschungen nach dieser Richtung hin auszudehnen, denn ich glaubte bestimmt, daß der Mörder sich nach Belgien gewandt hatte.

Ich hatte mich an einen Tisch vor dem Gasthaus gesetzt, trank ruhig mein Glas Limonade und überlegte mir, daß es doch überflüssig sei, auf diesem Bahnhof Erfundigungen einzuziehen. Denn es war mir schon über, immer dieselbe verneinende Antwort zu erhalten. Wenn es auch nicht dieselbe Person war, an die ich mich richtete, so hatte ich doch die Empfindung, weil ich immer dasselbe frante, ich müßte den Leuten mit meiner Beharrlichkeit lästig fallen.

In dem Nebentisch sah der Wirt und trank ein Glas Bier mit einem Pferdehändler aus der Umgegend, dessen Wagen vor der Tür stand. Ich war auch durch die lange Wagensfahrt etwas ermüdet, träumte vor mich hin, und von Zeit zu Zeit tauchte vor meinem geistigen Auge das Gesicht von Blanche Chéron auf. Aber plötzlich rüttelte mich ein Wort aus meinen Träumen, und ich sah neben mir den Beamten der kleinen Station, der mit dem Wirt sprach. In meiner Zerstretheit hatte ich ihn nicht aus dem Bahnhof herauskommen sehen. Er hielt dem Wirt einen mit Blut besetzten hundert-Franken-Schein entgegen und bat ihn, diesen zu wechseln. Ich hatte kleines Geld bei mir, das ich mir eingesteckt hatte, um herausgeben zu können, falls ich einen dieser berühmten Scheine auf irgendeiner Station fände.

Da der Wirt in seinen Taschen umherluchte und das verlangte Geld nicht zu finden schien, so bat ich dem Beamten an, ihm den hundert-Franken-Schein zu wechseln. Ich nahm die blutige Banknote in die Hand und fragte ihn, wann er sie erhalten habe.

„Meine Frau hat sie vor zwei Tagen von einem Herrn bekommen“, sagte er, „der hier in den Zug stieg. Sie hat dem Mann fast das ganze Meingeld, das wir überhaupt hatten, gegeben, und jetzt fehlt es uns.“

Sorgfältig steckte ich den Schein in die Tasche, und da ich nicht alle Leute über meine Nachforschungen unterrichten wollte, beschränkte ich mich darauf, den Beamten zu fragen, ob der Zug nach Toul bald kommen würde. Er erwiderte, daß ich noch eine halbe Stunde warten müsse, denn der gemeldete Schnellzug hielte auf dieser Station nicht. Ich wartete, bis der Beamte wieder auf den Bahnhof zurückgegangen war, und einige Minuten darauf ging ich ihm nach und traf ihn auf dem Bahnsteig.

Ich fragte ihn, ob seine Frau mir nicht eine Beschreibung des mörderischen Reisenden, der diesen Schein gewechselt hatte, geben könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Der neue dänische Banksturz.

Vierter Großbankzusammenbruch seit 6 Jahren. — Staatshilfe unwahrscheinlich.

Der neue Bankzusammenbruch in Dänemark hat in der ganzen Welt großes Aufsehen hervorgerufen. Die „Årbejdernes Privatbank“ wurde 1857 gegründet, hatte über 170 Filialen im ganzen Lande; ihr Depositenanfangssystem ist also sehr ausgebreitet. Entsprechend breit werden die leitenden Einlegerkreise sein. Nach der Bilanz von Ende Juni 1928 hatte die Bank rund 203 Millionen fremde Gelder, darunter über 200 Millionen Einlagen. Unter den Einlegern befinden sich zahlreiche dänische Sparkassen. Die Bank hat ihre Zahlungen endgültig eingestellt und hält die Kassen geschlossen. Seit 1922 ist das der vierte Großbankzusammenbruch für das kleine Dänemark. Der Diskont- und Revisionsbank 1924 folgte die Danske Handelsbank 1925 und endlich 1925 bis 1928 die Danske Landmandsbank als der weitaus schwerste Zusammenbruch mit rund einer halben Milliarde Kronen Gesamtverluste. Die besonders schwierigen dänischen Wirtschaftsverhältnisse, die durch zwei Währungsdeflationen noch verschärft wurden, dürften wesentlich mitspielen. Bei der Kopenhagener Privatbank müssen aber auch persönliche Verfehlungen eine Rolle spielen, denn Verluste von 60 bis 70 Millionen können nicht über Nacht eintreten.

Unser Nachbarland Dänemark hat mit seinen großen Privatbanken kein Glück. Kaum ist in diesem Sommer endgültig durch die schwersten Opfer des Staates und damit der Steuerzahler die auch mit der dänischen Landwirtschaft verbundene Landmandsbank wieder zum gesunden Funktionieren gebracht worden, da wird bekannt, daß die nächstgrößte dänische Bank, die „Årbejdernes Privatbank“ rettungslos verloren ist. Bei einem Aktienkapital von 60 Millionen Kronen wird ein bereits jetzt festgestellter Verlust von 70 Millionen Kronen gemeldet. Die Bank mußte unter dem Ansturm der Einleger, die ihr Geld verlangten, die Schalter schließen, und es war umsonst, daß das dänische Kabinett, die Vertreter der dänischen Nationalbank (Notenbank) und mehrere Vertreter von anderen Privatbanken eine Nacht lang berieten, ob der Zusammenbruch der Kopenhagener Privatbank noch aufzuhalten war.

Es ist an sich unbegreiflich, daß eine von zahlreichen Interessenten kontrollierte Großbank, wie gesagt die zweitgrößte Dänemarks, plötzlich vor einem riesenhaften Verlust von 70 Millionen Kronen und vor der Zahlungsunfähigkeit stehen kann. Aus den letzten Monaten ist nur bekannt geworden, daß die Kopenhagener Privatbank gewisse Verluste bei dem Zusammenbruch der Deutscher Leutonia in Harburg erlitten hat, die eine Tochtergesellschaft der Karbus Dis-Besellschaft ist, deren Direktor im Zusammenhang mit dem Harburger Bankrott geküchelt war und dann verhaftet wurde. Dieser eine, nur einen kleinen Bruchteil der 70 Millionen erreichende Verlust hat die Lage der Bank sicher nicht erschwert. Es scheint aber nur der letzte Tropfen gewesen zu sein, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Schon früher Verluste.

Bis Ende 1927 schien die Bank sich ziemlich gefestigt zu haben, nachdem sie vorher, auch im Zusammenhang mit den dänischen Währungserschütterungen, verschiedene Sanierungsaktionen durchgeführt hatte. In den Jahren 1924 und 1925 waren Abschreibungen von 38 Millionen Kronen, in den Jahren 1926 und 1927 Abschreibungen von 4 Millionen Kronen notwendig; immerhin konnte aber für diese beiden Jahre eine Dividende von 5 Proz. verteilt werden. Da diese Rentabilität nicht sonderlich hoch und die früheren Verluste bekannt waren, drückte sich das auch im Aktienkurs aus. Anfang 1928 standen die Privatbanken in Kopenhagen noch auf 88 1/2 Proz. Im Zusammenhang mit den Harburger Verlusten sank der Kurs im Juni auf 68, bis zum 26. September auf 66 Proz., um dann bis zum 28. September auf 59 Proz. und plötzlich auf 35 Proz. zu stürzen.

Die Eingeweihten scheinen also doch einigermaßen Bescheid gewußt, die anderen Banken scheinen rechtzeitig die Kredite gelündigt zu haben, und unter dem schließlichen Ansturm der Einleger mußte der Zusammenbruch erfolgen. Die Einleger sind auch hier wieder die Geopfereten.

Wieriel von den über 200 Millionen Kronen Einlagen verloren sein wird, läßt sich bis heute noch nicht übersehen. Bisher wird, daß die Einlagen durch die anderen Sicherheiten der Bank gedeckt seien, was aber bezweifelt werden muß, da nach einmal eingetretener Zahlungsunfähigkeit der Wert der übrigen Aktiven gewöhnlich sinkt und nach alter Erfahrung die Verluste sich nachträglich höher herausstellen, als sie zunächst angegeben werden. Besonders bedauerlich ist, daß auch die Stadt Kopenhagen an die Kopenhagener Privatbank eine Forderung von rund 24 Millionen Kronen hat, was wohl leicht dazu führen kann, daß die kürzlich in Kopenhagen beschlossene Steuerermäßigung wieder in Wegfall kommen muß.

Die peinlichste Situation entsteht für den dänischen Staat selbst.

Dieser kleine Staat mit seinen insgesamt 382 Millionen Kronen Steuereinnahmen hat erst in diesem Sommer die Riesenanleihe von 55 Millionen Dollar aufnehmen müssen, um die dänische Wirtschaft und die dänische Bevölkerung vor den außerordentlich großen Verlusten der Dänischen Landmandsbank zu bewahren. Der Zusammenbruch der Dänischen Landmandsbank, der schon im Jahre 1922 erfolgte und nicht weniger als sechsjährige Bemühungen der Wiederherstellung der Bank zur Folge hatte, brachte Gesamtverluste von über 300 Millionen Kronen. Der dänische Staat allein hätte dabei 212 Millionen Kronen ein, mußte zur Rekonstruktion der Landmandsbank das neue Aktienkapital von 50 Millionen Kronen übernehmen, dazu die Garantie für alle Schulden der Landmandsbank bis 1932. Für den dänischen Staat dürfte es danach außerordentlich schwer sein, auch bei dem neuen Banksturz wieder einzuspringen.

Wiemelt deutsche Banken an dem Zusammenbruch der Kopenhagener Privatbank durch Verluste beteiligt sind, läßt sich bisher noch nicht übersehen. Soweit man aber nach Großbanken hört, dürfte es sich in der Hauptsache um innerdänische Verluste handeln, so daß eine starke Auswirkung auf die deutschen Bankverhältnisse nicht zu erwarten ist. Außer der dänischen Nationalbank (Notenbank) und der jetzt staatlichen Landmandsbank bestehen neben der Kopenhagener Privatbank noch drei weitere dänische Großbanken, so daß zum mindesten für eine gewisse Konkurrentenruhm in Dänemark gesorgt ist. Eine der privaten Großbanken eingehen zu lassen, könnte der dänische Staat in der für ihn geschaffenen neuen Zwangslage also ruhig erwägen. Diese Konsequenz liegt um so näher, als Dänemark, seit es seine Währung voll aufgewertet hat, aus den Industrie- und Agrarprodukten nicht mehr herausgelassen ist, was natürlich eine Konzentration des dänischen Bankgeschäfts als zweckmäßig erscheinen lassen kann.

Der dänische Handelsminister tritt zurück.

In der gestrigen Ministerkonferenz hat der Handelsminister Stebjager sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der Grund hierfür ist die Katastrophe der Privatbank. Zwischen dem Handelsminister Stebjager und den übrigen Ministern sind steigende Meinungsverschiedenheiten entstanden. Während der Handelsminister für die Rekonstruktion der Privatbank eingetreten ist, lehnten die übrigen Minister eine Beteiligung des Staates an einem zu bildenden Garantiefonds ab.

Damit scheint schon festzustehen, daß der dänische Staat die Rettung der Bank mit Staatsmitteln oder Staatsgarantien ablehnt.

und Wintermonaten erkennen ließen. Der Augustumslag dieses Jahres von 7,65 M. liegt aber um 1,54 M. oder um mehr als 20 Proz. höher als der Augustumslag des Jahres 1927, woraus die weiter erfreuliche Steigerung der Umsätze deutlich erkennbar wird.

Allerdings dürften die seit Anfang d. J. nicht unerheblichen Preissteigerungen, denen vielfach die entsprechende Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen nicht gefolgt ist, auch etwas auf die Umsätze der Konsumvereine einwirken. Die Gesamtlebenshaltung hat sich von 150,8 auf 153,5, die Lebenshaltung ohne Wohnung von 157,5 auf 160,5, die Ernährung allein noch stärker von 151,0 auf 155,6 und die Bekleidung wiederum von 166,5 auf 170,5 verteuert. Es ist natürlich, daß insbesondere die Verteuerung der Bekleidung und der Lebensmittel auch bei den Konsumvereinen sich auswirkt. Lohnkampf und Konsumvereinsentwicklung zeigen sich also hier gegenseitig wieder sehr stark bedingt.

Bata existiert nicht mehr?

Ein Brief an die Wirtschaftskorrespondenz des „Vorwärts“.

Lieber Freund!

Können Sie mir einen vernünftigen Grund dafür angeben, warum Sie sich eigentlich so eifrig mit nicht existierenden Dingen beschäftigen? Jawohl! Sie lassen doch wieder einen ganzen Aufsatz über „Kampf um Bata“ abdrucken, während Bata gar nicht mehr existiert. Mößen Sie einen schlagenden Beweis dafür haben, so nehmen Sie bitte das letzte (1. September-)Heft von „Wirtschaft und Statistik“ zur Hand. Dort finden Sie auf S. 612 eine sehr instruktive Tabelle: „Die hauptsächlichsten Einfuhrwaren aus den zehn wichtigsten Bezugsländern usw. im ersten Halbjahr 1928“. Ueber die Einfuhr nach Deutschland aus der Tschechoslowakei befinden sich in dieser Tabelle folgende Angaben:

	Mill. Mark
Sau- und Kugelhölz	37,9
Braunkohlen	15,8
Wolgarn	12,9
Baumwollgarn	11,4
Woll	10,2
Baumwollgewebe	8,9
Juder	7,0
Waren aus Fleisch, Haut, Jute und dergleichen	7,7
Federn und Borsten	5,9
Holz zu Holzmasse	5,0
Stelle und Häute	5,1
Waplen	4,9
Wolle	4,8
Gerste	4,5
Nichtstoffhaltige Samenreien	4,1

Daraus geht klar hervor, daß die Einfuhr von Schuhwerk aus der Tschechoslowakei im ersten Halbjahr 1928 weniger als 4,5 Millionen Mark ausmachte. Jedenfalls gehört das Schuhwerk nicht mehr zu den „hauptsächlichsten Einfuhrwaren“ aus der Tschechoslowakei nach Deutschland. Und diese überraschende Tatsache ist nur dadurch zu erklären, daß der fürchtbare Konkurrent der deutschen Schuhindustrie Bata nicht mehr existiert. Das müssen Sie sich einmal merken!

Fröhlicher Volkswirt.

Anmerkung der Redaktion: Der fröhliche Volkswirt scheint zu den Leuten zu gehören, die an alles und nur an das glauben, was „amtlich“ abgestempelt ist. Deshalb ist für ihn eine Tabelle, die im Organ des Statistischen Reichsamts zu finden ist, eine heilige Wahrheit. So soll er denn in einer anderen Veröffentlichung des gleichen Amtes nachsehen, nämlich in den „Monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel Deutschlands“ für Juni 1928. Dort wird er auf S. 102 lesen können, daß im ersten Halbjahr dieses Jahres 33 645 Paar Schuhe über 1200 Gramm, 191 273 Paar über 600 bis 1200 Gramm und 2 081 147 Paar bis 600 Gramm, also insgesamt über 2,3 Millionen Paar, was dem Werte nach nicht weniger als 20 Millionen Mark ausmachte, aus der Tschechoslowakei nach Deutschland eingeführt wurden, so daß „Schuhe aus Leder“ in der oben zitierten Tabelle der „hauptsächlichsten Einfuhrwaren“ aus der Tschechoslowakei nach Deutschland an zweiter Stelle kommen müßten. Daraus muß man den Schluß ziehen, daß Bata trotz „Wirtschaft und Statistik“ und trotz der Ausführungen des fröhlichen Volkswirts doch existiert, und zwar sehr kräftig, wie auch folgende Meldung aus Prag beweist.

Bata läßt Bücher verbieten.

Wie das „Prager Tagblatt“ am 25. September meldet, hat das Kreisgericht in Ungarisch-Brod (Tschechoslowakei) auf Grund des § 467 der Strafprozeßordnung die Weiterverbreitung des Buches „Der unbekannte Diktator Thomas Bata“ von A. Philipp verboten. Bata hatte gegen die Verbreiter des Buches einen Antrag auf Voruntersuchung wegen des Bergehens gegen die Sicherheit der Ehre gestellt, dem das Gericht stattgegeben hat. Die vorläufige Beschlagnahme des Buches ist angeordnet. Wegen der Entscheidung ist keine Berufung möglich.

Der hier von Herrn Bata geführte Schlag richtet sich in der Hauptsache gegen die Gewerkschaftsbeamte, bei denen auch eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Bemerkenswert ist, daß die Gerichtsverurteilung von jenem Kreisgericht ausgeht, zu dem der Zimer, d. h. der von Bata auch politisch beherrschte Bezirk gehört, obwohl das Buch nicht nur dort, sondern vor allem in Prag, Brünn, Olmütz und anderen Bezirken verbreitet wurde. Das Buch scheint Herrn Bata mehr als unangenehm zu sein.

Naturleide gegen Kunstleide. Der Verband der christlichen Kaufleute hat an die chinesische Regierung eine Eingabe gerichtet, in der eine Erhöhung der Einfuhrzölle für Kunstleide gefordert wird. Die Billigkeit der Kunstleide drohe den Ruin von Millionen chinesischer Bauern herbeizuführen, die von der Bierzeugung des Rohstoffes für die Naturleidenindustrie wirtschaftlich abhängig seien. Ein neuer kleiner Auschnitt aus dem industriell-sozialen Drama, das sich heute in China abspielt.

Werkwürdige Bauernforderungen.

Gestützt von Dr. Hermes und Dr. Heim.

In Berlin hat eine Herdftagung der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine stattgefunden, zu der der ehemalige Reichsminister Dr. Hermes extra keine Verhandlungen in Warschau unterbrochen hat, um den Rorsch bei der Verhandlung zu führen. Die auf dieser Tagung gehaltenen Referate und die gefassten Entschlüsse sind eine etwas merkwürdige Illustration für die Art, wie man in diesen Kreisen der landwirtschaftlichen Forderungen und Finanzkrise beizukommen wünscht. Ein Referent forderte zur Handelspolitik die Herstellung eines lückenlosen agrarischen Zollschutzes, genau so wie es die entzogensten Ostgebiete nicht besser können, und insbesondere die sofortige Erhöhung der gegenwärtigen Getreidezölle auf die Höhe des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages, was eine Erhöhung um 1,50 M. bei Roggen und um 1 M. bei Weizen pro Doppelzentner bedeutet.

Noch besser machte es allerdings der bayerische Bauernführer Dr. Heim, der zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens Stellung nahm. Die 25 Millionen des landwirtschaftlichen Notprogramms zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens seien ein viel zu niedriger Betrag und wüßten auf 100 Millionen erhöht werden. Er zeigte sich noch rückständiger als die Genossenschaften des Reichslandbundes, die es für richtig gehalten haben, keine Erhöhung des Betrages zu fordern, und die nicht nur jetzt schon bereit sind, ihre Genossenschaften in einer Zentralorganisation aufgehen zu lassen, sondern auch offiziell keinerlei Subventionsforderungen aus dem 25-Millionen-Fonds gestellt haben. Herr Dr. Heim hielt es für richtig, die Erhöhung auf 100 Millionen ausgerechnet deshalb zu fordern, damit die landwirtschaftlichen Ge-

nosenschaften, insbesondere die christlich-bayerischen aus diesem erhöhten Fonds echte Subventionen erhalten.

Wir glauben, daß die ganze deutsche Öffentlichkeit erstoun sein wird über die Wünsche, die hier unter der Aufsicht und Führung des Herrn Dr. Hermes, des Vertreters der neuen Reichsregierung in Warschau, ausgesprochen worden sind. Der Landwirtschaft würde der denkbar schlechteste Dienst erwiesen werden, wenn diesen reaktionären Forderungen nachgegeben werden würde. Der Rationalisierung des deutschen Genossenschaftswesens aber wüßte Herr Dr. Heim, und zwar aus rein partikularistischen und zugleich egoistischen Gründen, Steine in den Weg. Herr Dr. Heim, dem berühmten König von Tantenhausen, Kern in dem zu sehen mit Reichsminister a. D. Dr. Hermes, dem offiziellen Verhandlungsführer der deutschen Regierung in Warschau, nur zu dem Zweck, die vom Reich und der gesamten Öffentlichkeit gemachte erste Hilfe für die Landwirtschaft mit unmöglichen Palliativmitteln und Subventionsforderungen bewußt zu sabotieren, das ist ein Bild, das sich die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Bauern für die Zukunft merken müssen.

Konsumvereine im August.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat die Ziffern der Umsatzstatistik im Monat August für 63 Konsumgenossenschaften mit über der Hälfte sämtlicher Mitglieder veröffentlicht. Danach ist im Monat August der durchschnittliche Wochenumsatz pro Kopf von 8,10 im Monat Juli auf 7,05 M. im August, also um 15 P. zurückgegangen. Diese Bewegung entspricht den Erfahrungen früherer Jahre, die für die Hochsommermonate immer einen Abfall gegenüber den Frühjahrs-

Für wenig Geld eine große Gegenleistung

SALAMANDER

DAS ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN SCHUHFABRIK



Funkwinkel.

Dr. Bratschen spricht anlässlich des 120. Geburtstages über den Maler Ludwig Richter. Bernüftigerweise gibt er seine Bilderranalysen, sondern schildert nur das Leben des verstorbenen Romantikers, der selbst eine Autobiographie hinterließ. Ein kluger, anspruchsvoller und dabei doch instruktiver Vortrag. Auch Dr. Ernst Cahn-Wiener bemüht sich wie immer um klare, ganz einfache und allen verständliche Formulierungen seiner Gedanken. In der Vortragsreihe „Das Kunsthandwerk“ behandelt er jetzt das Problem der Stoffe und Gewebe. Er erklärt die Druckmittel, die gewisse Techniken aus der Art des Stoffes heraus. Es gelingt ihm, Anschaulichkeit mit Klarheit zu verbinden. Reise-

Schuldirektor Baumgarten preist die Neuerungen im Eisenbahnverkehr, besonders die Schaffung des Zweiflächensystems. Über alle laufenden Redaktionsfragen äußert er sich nicht hinweg, daß

Jungsozialistische Spielgemeinschaft.

Am **Mittwoch, dem 3. Oktober**, im Saal der Schloßbrauerei Schönberg, Hauptstr. 112/114, und **Donnerstag, 4. Oktober**, in der Aula des Schiller-Lyzeums, Am Brunnenplatz, Pankstr. um 19^{1/2} Uhr findet die Aufführung der politischen Revue

„Achtung, Aufhören!“

statt. Mitwirkende: „Der rote Kreis“ der Spielgemeinschaft und die Berliner Volkstanzkapelle. — Die Sozialistische Arbeiterjugend und die jungen Parteigenossen sind herzlich eingeladen. Karten bei den Abteilungsleitern und an der Abendkasse.

für den größten Teil der Bevölkerung die Eisenbahnpreise erhöht worden sind. Das Buch „Jung und alt“ aus seinem Roman „Brennende Erde“, einem Kriegsbuch, vertritt, ist eher eine Tagebuchaufzeichnung als ein Sprachkunstwerk. Zu bemerken ist, daß Jung und alt vor dem Mikrophon als guter Sprecher besteht. Abends eine Unterhaltungsstunde mit Langtabelle und Franz Baumann.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdruck verboten): Zunächst noch milde mit Neigung zu Niederschlägen, später langsame Aufkühlung bei fallenden Temperaturen, Nachfrohegefahr. — Für Deutschland: In West- und Mitteldeutschland Abkühlung mit allmöglicher Aufkühlung, in Ostdeutschland meist milde mit Niederschlägen.

Das Walhalla-Theater eröffnet seine Variété-Spielzeit am Samstag, dem 28. September, mit einem Programm von zwölf internationalen Attraktionen. Obwohl die Abtrittselcher freien Eintritt in den im 10. Uhr geöffneten Konzertsaal haben, ist der Eintrittspreis von 50 Pf. beibehalten worden.

ADREMA-MITTEILUNG

Bei dem ausserordentlich starken Besuch unseres Standes auf der Internationalen 6. Büro-Ausstellung war es uns beim besten Willen nicht möglich, uns jedem einzelnen Interessenten so eingehend zu widmen, wie wir es gern getan hätten. Darum wiederholen wir die Ausstellung der gleichen Maschinen in einem eigens dafür hergerichteten Raum unserer Fabrik und laden zu deren Besichtigung ein.

Die Ausstellung ist vom 1. bis 20. Oktober täglich von 10 bis 5 Uhr geöffnet.

Während dieser Zeit erfolgt unverbindliche Vorführung aller unserer Maschinen und sachliche Beratung durch unsere fachgeschulten Mitarbeiter.

Auch unsere wissenschaftliche Abteilung steht ständig zur Lösung organisatorischer Fragen zur Verfügung.

Adrema Maschinenbauges. m. b. H., Berlin NW 87, Alt-Moabit 62/63



für Herbst u. Winter!

Winterjoppen 27.- 29.50 19⁰⁰
23.80

Herren-Ulster 42⁰⁰
moderne Verarbeitung 59.- 74.- 69.- 80.-

Herren-Paletots 59⁰⁰
mit Samtkragen 95.- 87.- 72.- 65.-

Rockpaletots 72⁰⁰
für Herren, eleganter Sitz 105.- 93.-

Sakkoanzüge 48⁰⁰
für Herren, in grau, braun u. gemustert, ein- und zweireihig 95.- 80.- 62.- 55.-

Sakkoanzüge 69⁰⁰
für Herren, moderne Form, blau, gute Verarbeitung 115.- 95.- 69.- 75.-

Für den Abend:

Anzüge in schwarz u. marengo
Elegante Smoking-Anzüge
sehr preiswert

Gummi- u. Lodenmäntel
in allen Formen und Preislagen

Oberhemden 5.90
farbig, Perkal mit 1 Kragen

Oberhemden 7.50
farbig, Zephir 8.75

Oberhemden 8.75
farbig, Trikollette 11.90 8.50

Oberhemden 13.50
farbig, Trikollette 14.50 16.90

Oberhemden 6.75
weiß, Batist rayé 8.25

Oberhemden 10.25
weiß, Trikollette 16.90 13.50 11.50

Kragen in allen modernen Formen

Selbstbinder in reicher Auswahl

Cachenez u. Schals in geschmackvollen Mustern

Hosenträger in allen Ausführungen

Unsere Spezial-Schirme Die Qualitätsmarken

Herren-Schirme „Vorwärts“ 6.90
solide Halbeide mit fester Kante

Herren-Schirme „Konsum“ 11.50

Herren-Schirme „Klasse“ 14.50

Herren-Spazierstöcke in allen Preislagen

Herren-Hüte Wollfilz 7.25 6.25 5.25

Herren-Hüte Haarfiz 14.25 13.50 12.25

Herren-Strickwesten 13⁵⁰
moderne Muster 19.50 18.75

Herren-Strickwesten 17⁵⁰
stahl, einfarbig mit und ohne Krägen 20.75 18.75

Herren-Pullover 12⁰⁰
mit u. ohne Krägen 19.75 15.-

Herren-Hemden 2⁹⁵
wollgemischt 4.65 3.25

Herren-Hosen 2¹⁰
wollgemischt 5.50 2.80

Herren-Handschuhe in großer Auswahl!

Herren-Garnituren 4⁶⁰
farbig Gr. 4 7.25

Einsatzhemden 2⁹⁰
weiß 4.75 3.20

Einsatzhemden 4²⁵
gelb 5.25 4.75

Einsatzhemden 4²⁵
wollgemischt 4.75 4.80

Herren-Socken 0⁸⁵
gemustert 1.75 1.20

Herren-Socken 1⁴⁰
Seidenfior, einfarbig und gemustert 2.25

Herren-Socken 2¹⁰
original englisch, Kaschmir-Wolle 2.75 2.40

Schnürstiefel 13⁹⁰
für Herren, Rindbox, spitze und breite Form 14.90

Schnürstiefel 19⁰⁰
für Herren, mit Doppelsohle, Rindbox

Strapazierstiefel 14⁵⁰
für Herren, ohne Kappe mit Doppelsohle u. wasserdicht Futter 16.90

Schnürstiefel 21⁷⁵
für Herren, Rahmenarbeit, Box calf 23.25

Herren-Halbschuhe 12⁹⁰
Rindbox

Herren-Halbschuhe 16⁵⁰
Randgenäht

Herren-Halbschuhe 15⁹⁰
Rindbox

Herren-Halbschuhe 19⁵⁰
Box calf, braun

Herren-Halbschuhe 21⁰⁰
in Lack 24.50



Konsum-Warenhäuser

S., Oranienstraße 164-165

Charlottenburg, Rosinenstr. 3

N., Reinickendorfer Str. 21

MÖBEL
auf bequemste
Teilzahlung!

Sie erhalten sofort frei Haus geliefert:

	Preis	Anzahlung	Rate		Preis	Anzahlung	Rate
Metallbetten 3-stellig mit Auflage	55.-	5.-	2.-	Kompl. Schlafzimmer	490.-	40.-	5.-
Ankleideschrank mit Spiegel	248.-	15.-	3.-	Kompl. Küchen	125.-	15.-	3.-
Ruhebetten	39.-	—	2.-	Kompl. Bettstellen (Holz)	95.-	10.-	2.-
Korb garnituren	45.-	—	2.-	Sofas	125.-	10.-	3.-

M a x **Prenzlauer** Reinickendorfer Straße 117 (am Bahnh. Wedding) und Lindenstraße 12 (9 Häuser vom „Vorwärts“-Haus).

Café-End. Von Jack London.

Jed London, schon auf den Höhe seines Ruhmes, verbrachte längere Zeit als einfacher Arbeiter im Londoner Café, um über die fährlichen Ausblicke dort abwärts berichten zu können. Wir entnehmen diesen erst kürzlich erschienenen, die demnächst unter dem Titel "Menschen der Erde" erscheinen, mit Erlaubnis des Universitäts-Verlages des nachfolgenden Abschnitts:

"Kann man bei Ihnen mieten?"

Ich sagte diese Worte sehr gleichgültig zu einer dicken älteren Frau, in deren schmuggigen Café in der Nähe von Limehouse ich saß. "Ja, das kann man!" antwortete sie kurz. Mein Krüheres sprach vielleicht nicht den Anforderungen, die an ihr Haus gestellt wurden.

Ich sprach nichts weiter, sondern genoss schweigend meine Scheibe Schinken und meinen dünnen Tee. Sie bewies mir auch weiter kein Interesse, bis ich bezahlen wollte und ganze zehn Schilling aus der Tasche holte. Da blieb die erwartete Wirkung nicht aus. "Ja," fuhr sie sehr stolz, "ich habe ein hübsches Heim und ich habe, es wird Ihnen gefallen. Sind Sie gerade von einer Reise zurückgekommen?"

"Was nehmen Sie für ein Zimmer?" fragte ich und ignorierte ihre Neugier völlig.

Sie sah mich mit sichtbarer Ueberraschung von oben bis unten an.

"Ich vermiete nie ganze Zimmer, nicht einmal an meine festen Mieter, geschweige denn an vorübergehende."

"Dann muß ich mich wohl nach etwas anderem umsehen?" sagte ich sich selbst.

Aber der Blick meiner zehn Schilling hatte seine Wirkung an und sie sagte:

"Ich kann Ihnen ein gutes Bett geben, und Sie schlafen mit ein anderen Männern, achtbaren und zuverlässigen Menschen, zusammen."

"Aber ich will nicht mit anderen zusammenschlafen," wandte ich ein.

"Das brauchen Sie auch nicht, es sind drei Betten, und das Zimmer ist nicht klein."

"Wieviel?" fragte ich.

"Zwei Schilling sechs die Woche für einen ordentlichen Menschen. Die beiden anderen werden Ihnen gut gefallen, das weiß ich. Der eine arbeitet auf einem Lager, er wohnt seit zwei Jahren bei mir, und der andere seit sechs Jahren. Nächsten Sonntag werden es sechs Jahre und zwei Monate. Er ist an einem Theater angestellt," fuhr sie fort, "er ist ein stiller, ruhiger Mann und hat in der ganzen Zeit, die er bei mir wohnt, nie einen sitzen gehabt. Er sehr zufrieden mit der Wohnung, er sagt, sie sei die beste, die er haben könnte. Ich bestimme sowohl ihr wie den anderen."

"Da kann er wohl noch obendrein Geld zurücklegen," sagte ich.

"Wie können Sie das glauben! Aber sonst würde kein Geld überhaupt nicht reichen."

Meine Gedanken wanderten meinem weiten amerikanischen Westen zu, unter dessen unendlichem Himmel Tausende von Städten von der Größe Londons lag hätten. Und hier war ein Mann, ein ehrlicher, zuverlässiger Mann, der sein Zimmer mit zwei anderen teilt, zweieinhalb Dollar im Monat dafür bezahlt und die Erfahrung gemacht hatte, daß dies die vorteilhafteste Lebensweise für ihn war. Und hier war ich selbst — frast der zehn Schilling, die ich in der Tasche hatte —, war ich imstande, mit meinen Lumpen bei ihm einzudringen und mein Bett neben dem seinen aufzuschlagen. Die menschliche Seele ist einsam, und sie muß zuweilen wahrlich auch einsamer werden, wenn drei Betten in einem Zimmer stehen und ein vorübergehender Gast mit zehn Schilling in der Tasche sich in eins davon legen darf!

"Wie lange wohnen Sie schon hier?" fragte ich.

"Dreizehn Jahre. Und glauben Sie nicht auch, daß Ihnen die Wohnung gefallen wird?"

Während sie sprach, hantierte sie in der kleinen Küche herum, wo sie das Essen für ihre Zimmerherren bereitete. Sie war bei meinem Eintritt beschäftigt gewesen und ließ nicht einen Augenblick während der Unterhaltung von ihrer Arbeit. Sie war offenbar eine von den Frauen, die morgens um halb sechs aufstehen und spät abends zur Ruhe gehen, die bis zum Umfallen arbeiten; und der Gewinn dieses dreizehnjährigen Fleißes war grünes Haar, irrsinnige Kleider, hängende Schultern, eine kahle Figur und unaufrichtige Mühe in einem häßlichen, ungelunden Café in einer zehn Fuß breiten Gasse.

"Kommen Sie wieder, um es sich genauer anzusehen?" fragte sie gespannt, als ich ging.

Und als ich mich zu ihr umwandte, verstand ich ganz die Wahrheit des alten Wortes: Jugend trägt ihren Lohn in sich.

Ich trat wieder zu ihr und fragte: "Haben Sie je Ferien gehabt?"

"Ferien!"

"Ja, einen Ausflug aufs Land, um für ein paar Tage frische Luft zu schöpfen, sich richtig auszurufen."

"Ach, du lieber Gott!" sagte sie und hielt zum erstenmal in ihrer Arbeit inne.

"Ferien? Zum Vergnügen? Wie können Sie das denken! — Haben Sie doch die Füße!" Die letzten Worte rief sie mir klar zu, da ich gerade über die morsche Schwelle stolperte.

In der Nähe des Westindischbades stieß ich auf einen jungen Burschen, der traurig in das schäumende Wasser starrte. Er hatte eine Heizermühe über die Augen gezogen und seine ganze Kleidung zeigte davon, daß er zur See gefahren war.

"Ja, Kamerad!" rief ich, um eine Unterhaltung einzuleiten.

"Kannst du mir sagen, wie ich gehen muß, um nach Wapping zu kommen?"

Und dann kam das Gespräch in Gang und wurde in einem Weinstub mit einigen Gläsern Halb- und Halb fortgeführt. Bald waren wir so befreundet, daß er, als ich einen ganzen Schilling in Kupfermünzen aus der Tasche zog und sechs Pence für Nachlogis beiseite legte lebenswürdig vorschlug, lieber für das ganze Geld Bier zu trinken.

"Mein Kamerad hatte gestern Pech," erklärte er, "und die Polenta schnappte ihn. Du kannst dich also ruhig auf mich verlassen. Was meinst du dazu?"

Ich sagte ja, und als wir für einen ganzen Schilling Bier in uns hineingegossen und die Nacht in einem elenden Bett in einem kümmerlichen Hause verbracht hatten, konnte ich ihn gut. Meine geringen Erfahrungen zeigten mir, daß er auf keine Weise typisch für eine gewisse breite Schicht Londons, die am schlechtesten gestellt ist.

Streifzug durch Hannover. Eine Deutschlandfahrt.

Hannover ist eine alte Stadt und soll „hohes Ufer“ heißen, aber der Fremde sieht bei einem Streifzug durch die alten, dunklen Gassen kein hohes Ufer, er sieht hinter aller Romantik schöner Fassaden den Abstieg in das Elend, in die Armut, und es fügt sich gut ein in das schwarze Bild, daß der Massenmörder und Menschenfreier Haarmann erstens Polizeipolizist war und zweitens in der verwohnten Mißstadt wohnte. Es gibt auch wunderschöne, alte Häuser jenseits der Rotterstraße, aber sie haben doch nur noch Museumswert. In dem alten Bequinkloster an der Leine, einem wehrhaften Gemäuer mit mächtigen Rundtürmen, hat sich jetzt ein Leihhaus eingenistet. Rund um die Stadt stehen alte Bandwehrtürme, die einmal die Ernte schützen sollten, und an einem solchen Turm kann man lesen: „Der Ihnen Wehr, der Enkel Kurzweil“ und neuen Sinn dem alten Spruch unterziehen. Die Eisenriebe, der groharte Parkwald, ist nicht weit, er greift mit grünen Armen in die Stadt, in der sich Mittelalter und Neuzeit verwirrend kreuzen.

Zum Mittelalter gehören auch noch die Herrenhäuser Gärten, in denen das frühere Lustschloß der hannoverschen Könige stand. In einer Steintafel am Eingang notiert man sich:

„Jedermann ist erlaubt, sich im Königl. Garten eine Veränderung zu machen, gemeinen Leuten wird jedoch bei Selbsttötung verboten“

1. keine Statuen und andere freistehende Sachen zu beschädigen,
2. nicht nach den Schwänen zu werfen oder solche aus ihren Brütelöchern zu beunruhigen,
3. keine Hunde mit in den Garten zu nehmen,
4. die Nachtigallen weder zu fangen noch zu töten,
5. sich der Bänke bei der großen Fontaine nur alsdann zu bedienen, wenn solche für Standesperjonen oder vornehme Fremde nicht nötig fallen,
6. der angestellten Wache, so mit dem Zeichen K an der Brust versehen, nicht zu trotzen.“

Und dann wandert man in den Gärten zwischen den gestuhten Laubhainen. Die große Fontäne springt nur Mittwochs und Sonntags, das kleine Freilichttheater ist verwahrlost, eine Woche mit dem Zeichen K an der Brust ist nicht zu sehen, aber der Troß springt doch hoch, wenn man den Park nach der Stadt zu verläßt. Er untersteht noch einem Gutsbezirkt und schließt auch im Sommer schon um sieben Uhr seine Tür. Dann wandert man durch neue Anlagen zurück und sieht die Rauchwände der großen Industrieanlagen von Altden. Der berühmte Sonn wird dort hergestellt, Maschinen, Lokomotiven, Traktoren und Kleinautos werden gebaut, ein chemisches Werk schweift den Himmel an, große Brauereien liegen da, Textilfabriken, Tapetenfabriken. Von Linden aus begann der politische Vorstoß zur Eroberung Hannovers durch die Arbeiter. Hannover hatte bis 1918 keinen proletarischen Stadtverordneten. Heute ist die Stadt mit eine Hochburg des Sozialismus. An den hannoverschen Arbeitern wird in einer weltbekannten Gummiabrik auch ein neues Lohnsystem ausprobiert, das Bedaug-System.

Der französische Amerikaner Bedaug sagt: „Aber bis jetzt bezahlter Arbeitslohn ist falsch und ungerecht. Schaffen wir einen neuen Wert, den Bewert, der sich zusammensetzt aus der Arbeitszeit, aus der Geschwindigkeit, in der die Arbeit geleistet wird, aus der Anstrengung dabei und aus der notwendigen Ruhe und Erholung. Das alles zusammen soll Bedaug heißen. Bewert soll gleich sechszig sein, das ist der Lari mit einem kleinen Zuschlag, aber unsere Geldmessen und unsere Erfahrung haben bewiesen, daß

ein Arbeiter ohne Schaden für die Gesundheit 80 Bewert in der Stunde schaffen kann. Mit der Erhöhung der Bewert steigt auch die Entlohnung. Wir wollen, sagen Bedaug und seine jungen Leute, den Arbeiter an der Produktion interessieren, wir wollen ihn selbst zum Unternehmer machen.“

Das erklärte ein junger Beingenieur und erzählte nebenbei, daß sich die Arbeitsleistung des Wertes seit Einführung von Bedaug um 18 Prozent gesteigert hat und daß in diesem Jahr zum erstenmal wieder Dividende ausgeschüttet wurde. In Amerika arbeiten 200 Werte nach dem Bedaug-System. Sie haben die besten Erfahrungen damit gemacht. Schön, das alles ist Betriebswissenschaft, und also dann die Führung durch das Wert beginnt, konnte man sehen, daß Bedaug weiter nichts ist als ein raffiniert ausgetüftelter Aktor.

In diesem Wert werden alle Weichgummiwaren der Bereifung verarbeitet. Flugzeug, Lastwagen, Auto, Fahrrad, Kinderwagen, Kutsche und Rikschah können von hier aus bedient werden. Tennisbälle entspringen dem Wert. Fahrradschläuche werden auf Rundschloß. Gummischläuche schneuen sich nach festem Halt an festen Schuhen. Und überall hat die Zeit ein neues Gesicht bekommen, das Bedaug-Gesicht. Bedaug kurbelt die Maschinen an, läßt im Werkraum die Walzen rollen, läßt die Schneidmesser blitzen und hat das laufende Band zur höchsten Vollendung konstruiert. Bedaug hat den Frauen und Mädchen, die das gummierte Cordtuch schneiden, kleine Mädchen an die Handgelenke gebunden, damit die Arbeit schneller geht und ein Handgriff gepart wird. Bedaug triumphiert, und der junge Mann, der auf einer rotierenden Scheibe Ballonreifen montiert, ist über die 80 Bewert schon lange hinaus und bringt es bis auf 120 Bewert in der Stunde.

Eine kleine Führung durch ein großes Wert mit 9000 Arbeitern kann keinen Ueberblick geben; was man in der kurzen Zeit sieht, kann nur Ausschnitt sein. Impression, aber in der Impression sieht man oft klarer und schärfer als im mühsamen Studium. Es blieb Zeit genug, das Waschen und Waschen eines Autoreifens zu sehen, den jungen Mann, der die 120 Bewert schafft, zu beobachten. Da ist eine rollende Scheibe, über die ein Streifen gummiertes Tuch gelegt wird. Das Tuch bringt eine besonders fein konstruierte Maschine her. Mit dem Fuß wird diese Maschine reguliert. Mit den Händen wird der Reifen gebaut, eine Luftpumpe über der anderen, jeder Muskel arbeitet angestrengt, und von der von Bedaug einaktualisierte Erholung in der Arbeit ist nichts zu sehen. Der junge Mann ist wie Sisyphos in der griechischen Sage, der vergeblich seinen Stein nach dem Gipfel rollen will und immer kurz vor dem Ziel abstürzt. Und so baut der junge Mensch in der Fabrik einen Reifen nach dem anderen, er wird niemals fertig. Das heißt Amerika ohne die Aufstiegsmöglichkeiten wie in Amerika: das ist Bedaug und nicht das humane und wissenschaftliche Geschick der jungen Ingenieure.

Dann wandert man dem laufenden Bande nach, der geisterhaften Kette mit den halb fertigen Reifen, die noch das Moratorium der Vulkanisierabteilung und Dampfpressen zu erdulden haben, bis sie ihre vollkommene Gestalt finden und im Lager auf den Wurf zu den laufenden Fabriken warten. Das Wert ist mehr oder weniger mit der Autoindustrie verbunden, mit den Wettfahrten und ihren Schiebungen, mit der Reklame, die sich immer mehr und mehr die Künstler heranzieht und sie in ihren forumpierenden Dienst zwingt.

Max Barthel.

Er war geborener Londoner. Sein Vater war Heizer und Säufel gewesen. Das Heim seiner Kindheit waren die Straßen und die Docks. Er hat nie lesen gelernt und es auch nie erlernt — eine überflüssige und unnütze Beschäftigung für einen Mann in seiner Lage.

Er hatte eine Mutter und eine Unzahl schmuggiger Brüder gehabt, die alle in ein paar Köchern zusammengesperrt gewesen waren, wo sie von schlechterem und weniger Essen lebten, als er im allgemeinen für sich ergöttern konnte. In der Regel kam er deshalb nur heim, wenn er Pech gehabt und selbst nichts zu essen hatte. Anfangs hatte er auf den Straßen Lumpen gesammelt und gebettelt. Dann hatte er zwei Hahnen als Kulisjunge, hierauf einige wenige Reifen als Kohlenzimmer gemacht, und jetzt war er befahrener Heizer — er hatte es so weit gebracht, wie er es in seinem Leben bringen konnte.

Er hatte sich auch auf seiner Laufbahn eine Lebensphilosophie geschaffen, die vielleicht häßlich und abstoßend, aber doch von seinem Standpunkt aus ganz logisch und klug war. Als ich ihn fragte, wofür er eigentlich lebte, antwortete er ohne Zögern: „Um mich zu besaufen.“

Eine Seereise — denn ein Mann muß ja leben und dafür sorgen, daß er etwas zu leben hat —, dann Abmagerung und dann ein lästiger Rauch. Dann folgt eine Reihe kleinerer Rausche rings in Wirtshäusern, wo man einige Kameraden wie mich mit ein paar Pfennigen in der Tasche trifft. Und wenn nichts mehr zu machen war, dann wieder zur See. So formte sich sein Dasein.

Die Kohlenstaublokomotive.

Von Dr. Carl Prinz.

Der Gedanke, Kohlenstaub mit Luft gemischt zu Feuerungszwecken zu verwenden, ist nicht neu. Schon 1860 wurden in Deutschland die Versuche mit Kohlenstaubfeuerungen begonnen, ohne jedoch zum Erfolge zu führen. Erst sehr viel später gelang es, die praktische Anwendung durchzuführen, und zwar zunächst für industrielle Dfen der Zementindustrie, erst später für Dampfessel. Die Verbreitung der Kohlenstaubfeuerung begann in Amerika, wo in den Vereinigten Staaten im Jahre 1916 bereits über 9 Millionen Tonnen Kohlenstaub verheizt wurden. Aber davon ebenfalls nur 100 000 bis 200 000 Tonnen zum Zwecke der Dampfzeugung. Von 1916 wuchs dann aber auch die Dampfesselheizung durch Kohlenstaub, und 1924 hatte sie bereits eine so gewaltige Ausdehnung erreicht, daß mindestens 160 000 Quadratmeter Heizfläche von Dampfesselanlagen durch Kohlenstaub geheizt wurden. Für Deutschland hat der Kohlenstaubauschuss des Reichskohlenrates festgestellt, daß 1926 über 600 Kohlenstaubfeuerungen im Betrieb waren, die jähr-

lich 2,5 Millionen Tonnen Kohlenstaub verbrauchten. Davon entfiel aber noch immer mehr als die Hälfte auf die Zementindustrie.

Erst in neuerer Zeit verleiht sich auch in Deutschland das Verhältnis stark zugunsten der Dampfesselheizung mit Kohlenstaubfeuerung. Das Wesen der Kohlenstaubfeuerung besteht in der Verbrennung des Kohlenstoffes von mehrerer Feinheit, der, ohne auf einem Rost zu liegen, sich schwebend in der Luft hält. Fein gemahlener Staub verbrennt schneller und vollkommener als ein festes Kohlenstück, da er dem Luftangriff eine verhältnismäßig viel größere Oberfläche bietet.

Um die möglichst restlose Verbrennung aller brennbaren Teile zu gewährleisten, muß bei Kohlenstaubfeuerungen die Flamme so geführt werden, daß der Verbrennungsvorgang beendet ist, ehe die Flamme mit den kälteren Wesselteilen in innigere Berührung kommt, sonst werden nämlich die noch nicht verbrannten Teile des Brennstoffes als Rost ausgeföhren. Andererseits müssen wiederum die flüssigen Wesselteile so schnell wie möglich durch Abkühlung abgeschreckt werden, damit sie erstarrt sind, bevor sie mit dem Brennstoff der Wesseltrichter in Berührung kommen. Aus diesen beiden Gründen sind besonders große Feuerräume notwendig, und dieses Problem war es, das bisher vor allen Dingen die Verwendung der Kohlenstaubfeuerung für Lokomotiven erschwerte und zum Teil unmöglich machte. Kohlenstaubgefeuere Lokomotiven sind bisher nur in Amerika und in Schweden gebaut worden.

Seit einiger Zeit läuft nun auch in Deutschland auf der Eisenbahnstraße von Berlin nach Fürstenberg in Neukölln zum Transport von Gläsern eine Kohlenstaublokomotive, die von der AEG auf Grund langjähriger Versuche hergestellt wurde. Die Lokomotive, die abgesehen von dem Tender, äußerlich den normalen Lokomotiven durchaus gleicht, besitzt an Stelle des mit Kohlen beladenen Tenders einen gewaltigen, den gesamten Tender ausfüllenden Zylinder. Dieser zylinderförmige Behälter birgt den Kohlenstaub, der als Brennstoff für die Lokomotive mitgeführt wird. Die dreifach Versuchsfahrten, die die Lokomotive bisher durchgeführt hat, wurden ohne jede Schwierigkeit und Betriebsstörung glatt durchgeführt. Die Versuchsfahrten fanden sowohl mit Steinkohlenstaub als auch mit Braunkohlenstaub statt, wobei sich als der schmerzlichere Brennstoff die Steinkohle ergab. Außer der größeren Wirtschaftlichkeit im Brennstoffverbrauch bietet die neue Lokomotive noch den Vorzug, daß die schwere körperliche Arbeit des Heizers, der aus dem Tenderkohlenvorrat die Feuerung stets mit neuem Brennstoff beschicken muß, völlig fortfällt. Er hat künftig nur noch einige Ventile zu bedienen, da der Kohlenstaub automatisch aus dem Tender in den Feuerungsraum befördert wird. Das ist für die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes von außerordentlicher Bedeutung, da der Heizer nunmehr den Lokomotivführer in der Beobachtung der Verkehrs-signale und der Bedienung der Lokomotive selbst unterstützen kann.

